

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-69, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Manuskript: Gisela Rodenberg, Karin Wolf-Freytag, Verlag: Druck und Zeitschriftenverwaltung Littmann-Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051.

1 + 2/82

15. Januar

Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck aller Beiträge nur nach Rücksprache mit der Redaktion. „Der Gründungsausschuß für die Universität Oldenburg, das Konzil und der Senat der Universität Oldenburg haben einstimmig beschlossen, daß die Universität Oldenburg den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität führt. Die Universität bedauert, daß ihr die offizielle Führung dieses Namens bisher nicht gestattet ist.“

Universität legt ersten Forschungsbericht vor

533 Vorhaben im Zeitraum 1974 bis 1980 dokumentiert

Zum ersten Mal hat die Universität Oldenburg in ihrer jungen Geschichte einen umfangreichen Forschungsbericht vorgelegt, der die Forschungstätigkeit in den Jahren 1974 bis 1980 umfaßt. Insgesamt sind in dem Bericht 533 Forschungsvorhaben dokumentiert.

In einer Stellungnahme zum Erscheinen des 460 Seiten starken Berichtes erklärte der Präsident der Universität, Dr. Horst Zilleßen, die Forschung in Oldenburg erfahre zunehmende Anerkennung sowohl im regionalen wie im überregionalen Bereich. Dies werde nicht nur an öffentlichen Würdigungen für Oldenburger Wissenschaftler deutlich, sondern auch daran, daß immer mehr Institutionen bereit seien, Forschung in Oldenburg zu finanzieren. Die Oldenburger Hochschule habe nicht nur im Vergleich mit entsprechenden Neugründungen, sondern auch im Verhältnis zu den anderen niedersächsischen Universitäten einen bemerkenswerten Stand der Drittmittelforschung erreicht. Bei den sogenannten Drittmitteln handelt es sich um außerplanmäßige Finanzierung von Forschung durch staatliche wie private Einrichtungen.

Zu den Forschungsbedingungen an der Universität Oldenburg stellte Zilleßen fest, daß ebenso wie bei anderen Neugründungen die Tätigkeit der Wissenschaftler in den Anfangsjahren durch die Aufbauorganisation geprägt worden sei. In den ersten Jahren sei der Arbeitsaufwand für die Erstellung von Studien- und Prüfungsordnungen, für die Konzipierung neuer Studiengänge, für Berufungsverfahren und andere Stellenbesetzungen besonders hoch gewesen. Kennzeichnend für die Aufbausituation sei darüber hinaus das krasse Mißverhältnis zwischen den zur Verfügung stehenden Lehr- und Forschungsgebäuden und der rapide steigenden Zahl der immatrikulierten Studenten. Die räumliche Überbelegung gehe einher mit einem nicht unerheblichen Defizit an personeller Ausstattung sowohl im Wissenschafts- als auch im Dienstleistungsbereich.

Was unter diesen Bedingungen, so

betonte Zilleßen, im Bereich der Forschung geleistet worden sei, belege der Forschungsbericht.

Nach Auffassung von Präsident Dr. Horst Zilleßen dokumentiere der Bericht zugleich ein Wissenschaftsverständnis, dem sich die Universität in ihrer Grundordnung ausdrücklich verpflichtet habe - nämlich ihre Aufgaben in Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrzunehmen - besonders gegenüber der Region.

In diesem Zusammenhang nannte Zilleßen drei Schwerpunkte in der Oldenburger Forschung: Die Umweltforschung, die Forschung zu Problemen des Nordwestraums, der Bereich der Bildungsforschung und Weiterbildung.

Zur Umweltforschung liegen zahlreiche Arbeiten auf dem Gebiet der Umweltschulung und Umweltpolitik, der Ökologie (Bodenkunde, gewässerbiologische Untersuchung, Feuchtgebiets-Ökosysteme, Fließgewässer-Ökosysteme, Ökosysteme der küstennahen Inseln) und des Umweltschutzes (Wirkung von Umweltschadstoffen, Schwermetallbelastung in Ufersedimenten, Lärmbelastung) vor. Nicht selten sind die Untersuchungen regional auf den Nordwestraum Niedersachsens bezogen. Darüber hinaus wird in diesem Bereich an Projekten gearbeitet, die sich mit angepaßten oder alternativen Technologien beschäftigen. Da geht es einerseits speziell um Technologien, die den Verhältnissen der Dritten Welt angepaßt sind, andererseits um Systeme zur umweltfreundlichen Energieversorgung in der Industriegesellschaft (alternative Technologien).

Die Bedingungen, Strukturen und Entwicklungen in der Nordwestregion sind Gegenstand einer weiteren großen Gruppe von Forschungsvor-

Fortsetzung auf Seite 6

Studenten wählen StuPa und Gremien

Vom 25. bis 29. Januar des Jahres finden in der Universität Oldenburg die jährlichen Wahlen zum Studentenparlament statt. Gleichzeitig wählen die Studenten am 27. und 28. Januar ihre Vertreter für das Konzil, Senat und die Fachbereichsräte. Für beide Wahlen kann auch Briefwahl beantragt werden. Unterlagen dafür können bei den Studentenparlamentswahlen bis zum 15. Januar (ASTA-Büro), bei den Gremienwahlen bis zum 20. Januar im Wahlbüro (Bauteil A, Raum 204) gegen Vorlage des Ausweises abgeholt werden.

Im vergangenen Jahr ging, wie

auch schon die Jahre zuvor, der Sozialistische Hochschulbund (SHB) mit 46,9 Prozent als Sieger aus den Wahlen hervor. Zusammen mit dem MSB Spartakus, der auf 28,3 Prozent kam, bildet er den ASTA. Der Liberale Hochschulverband (LHV) sitzt mit 15 Prozent ebenso in der Opposition wie der Ring christlich-demokratischer Studenten (RCDS) mit 7,6 Prozent und der Sozialliberale Hochschulverband mit 2,1 Prozent. Die Wahlbeteiligung war im vergangenen Jahr allerdings katastrophal niedrig. Sie sackte auf 21,9 Prozent und damit unter Bundesdurchschnitt. Noch schlech-

ter war die Beteiligung der Studenten an den Gremienwahlen. Hier gaben lediglich 14,2 Prozent ihre Stimme ab.

In diesem Jahr kandidiert erstmals nicht mehr der LHV - sowohl bei den StuPa- wie bei den Gremienwahlen. Alle anderen Gruppen stellen sich wieder der Wahl. Hinzu kommen zwei neue Listen, die als Sponti-Gruppe eingeschätzte „Liste Lilafanten“ und die „Demokratische Liste“. Mit von der Partie ist auch wieder die Sozialwissenschaftliche Initiative (SINN). Sie stellt sich allerdings nur - wie im Vorjahr - im Fachbereich 3 zur Wahl.

Substruktur

Konsens oder „Wildwuchs“?

Senat liegen bereits zahlreiche Institutsanträge vor

Nach Auffassung von Präsident Dr. Horst Zilleßen steht der Universität Oldenburg ein zweiter Oktroi ins Haus, wenn es in den nächsten Wochen nicht gelingt, einen Konsens über die künftige Substruktur in den Fachbereichen herzustellen. Zilleßen richtete nach einer Diskussionsveranstaltung am 4. Januar in der Aula, zu der er selbst eingeladen hatte, noch einmal an alle hochschulpolitischen Gruppen den Appell, die Universität nicht in eine Situation zu manövrieren, die sie handlungsunfähig mache und dem Minister ein weiteres Mal ermögliche oder ihn zwingt, die künftige Struktur im Detail festzulegen.

Ob der Appell fruchten wird, steht allerdings dahin. Denn in der Veranstaltung zeigte sich deutlich, daß die Gegensätze zwischen der Hochschulherengruppe Demokratische Hochschule einerseits und der Linken Liste, dem BdWi, den studentischen Vertretern und der ÖTV andererseits nur schwer aufhebbar sein werden. Während die Demokratische Hochschule sich für wissenschaftliche Einrichtungen aussprach, möchten die anderen Gruppen weitgehend Fachkommission unterhalb der Fachbereichsräte institutionalisieren.

Professor Dr. Schulenberg, Sprecher der Demokratischen Hochschule, machte eindeutig klar, daß seine Gruppe an der Einrichtung von Instituten festhalten werde. In den Instituten sollten allerdings den wissenschaftlichen Mitarbeiter, Dienstle-

stern und Studenten Mitspracherechte eingeräumt werden, die das NHG von vornherein nicht vorsehe; aber auch nicht ausschließe. Die Mitspracheregelung müsse in der Grundordnung abgesichert werden. Die Fachkommissionslösung lehnte Schulenberg nicht zuletzt deshalb ab, da sie rechtlich fragwürdig sei und kaum hilfreich, eine verbesserte Struktur für die Organisation von Forschung und Lehre zu schaffen. Weiter erklärte der Sprecher der Demokratischen Hochschule, die Weigerung der Mehrheit in den Gremien, an einer, wie er es nannte, „konstruktiven Lösung“ mitzuwirken, würde den Wildwuchs von kleinen Instituten notwendig weiter befördern.

Tatsächlich liegen schon jetzt dem Senat insgesamt neun Anträge auf Einrichtung von Instituten vor; weitere fünf werden erwartet. Mehrheitlich wurde im Fachbereich 5 Philosophie / Psychologie / Sportwissenschaften die Einrichtung von fünf Psychologieinstituten und zwei sportwissenschaftlichen Instituten beschlossen. U.a. über diese Anträge soll der Senat am 27. Januar ein Votum abgeben.

Wie es scheint, werden diese Anträge jedoch kaum Zustimmung finden. Denn bis auf die Vertreter der Demokratischen Hochschule machten alle Sprecher der im Senat vertretenen Gruppen klar, daß sie einer derartigen Zersplitterung des Fachbereichs 5 auf keinen Fall zustimmen werden - auch der sozialdemokratisch orientierte Arbeitskreis Hochschulpolitik (AKH), der ansonsten keine eindeutige Haltung in der Frage Substruktur in den Fachbereichsräten hat.

Nach Auffassung der Vertreter der Linken Liste machen die derzeit vorliegenden Institutsanträge deutlich, daß es den Antragstellern nicht um eine funktionsfähige Universität, sondern um „bornierte Privatinter-

sen“ gehe, in deren Rahmen die Fächer „balkanisiert“ würden. Insofern werde die Sorge der Demokratischen Hochschule um eine rationale Diskussion Lügen gestraft. Professor Dr. Wolfgang Stroh, Sprecher der Liste, forderte in diesem Zusammenhang noch einmal nachdrücklich dazu auf, zunächst auf Fachebene eine Struktur zu schaffen. Erst dann könne man Überlegungen über Institute anstellen. Er setzte sich noch einmal nachdrücklich für das von der Linken Liste vor einem Jahr vorgelegte Fachkommissionsmodell ein - wie auch die Sprecher vom BdWi.

Fortsetzung auf S. 3

Sitzung des Konzils

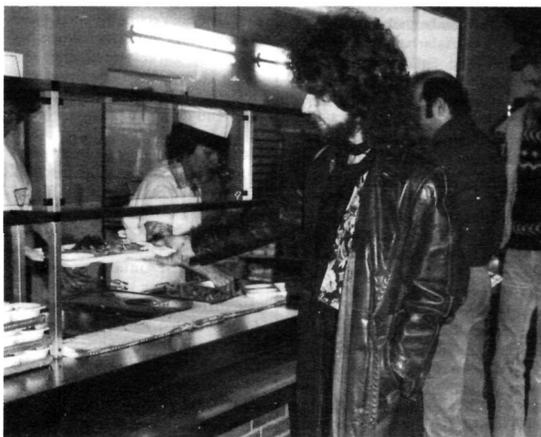
Am 5. Februar wird das Konzil zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen u.a. der Bericht des Präsidenten sowie die Novellierung der Grundordnung, die dem NHG angepaßt werden muß. Außerdem wird sich das Gremium mit dem Fall Heike Fleßner, Studienleiterin im Fachbereich 1, befassen. Ihr droht ein Disziplinarverfahren wegen ihrer politischen Betätigung. (siehe Seite 3).

Arbeitsteilung und Raumentwicklung

Am 5. Februar findet in der Zeit von 10.00 bis 16.00 im Raum D 103 ein Symposium zum Thema „Arbeitsteilung - Raumentwicklung - Lebensbedingungen“ statt. Untertitel des Symposiums, das von dem Studiengang Raumplanung veranstaltet wird: „Zur theoretischen und empirischen Bedeutung der räumlichen Arbeitsteilung von Unternehmen für das Entwicklungspotential einzelner Regionen in seinen Auswirkungen auf die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen“. Im Rahmen des Symposiums werden neben den Oldenburger Wissenschaftlern, dem Raumplaner Prof. Dr. Klaus Brake und dem Ökonom Prof. Dr. Willi Küpper, auch Dr. Franz-Josef Bade (Wissenschaftszentrum Berlin) und Dr. Klaus Müller (Prognos, Basel) Referate mit dem „Standortverhalten“ insbesondere von Großunternehmen beschäftigen.

Drastische Preiserhöhungen in der Mensa

Voraussichtlich per Ersatzvornahme wird das Niedersächsische Wissenschaftsministerium das Studentenwerk Oldenburg zwingen, die Mensapreise erheblich zu erhöhen, nachdem sich der Vorstand des Studentenwerks erneut geweigert hat, einer entsprechenden Aufforderung nachzukommen. Nach einem Regierungsbeschluss sollen die Studenten künftig auch 10 Prozent der Herstellung des Essens tragen. Bisher wurden die Preise nur auf der Basis des Wareneinsatzes berechnet. Wie das Studentenwerk mitteilte, würden, wenn das Ministerium seine Ankündigung wahr mache, die Preise um 30 Pfennig beim Stammessen (bisher 1,80 DM) und 60 Pfennig beim Wahlessen (bisher 2,50 DM) erhöht werden. In dieser Preishebung seien auch die Teuerungen beim Warenwert berücksichtigt. Foto: Raether



Für das Mensaessen muß bald tiefer in die Tasche gegriffen werden

Foto: Liebig

„Praktika werden unmöglich gemacht“

Praktikumzuschüsse für Studenten gestrichen - Kontaktelehrer für die Zweiphasige gefordert

Mit einer einstimmig verabschiedeten Resolution hat die Gemeinsame Kommission für Lehrerausbildung (GKL) an der Universität Oldenburg, der sich der Senat angeschlossen hat, beim Kultusministerium und auch beim Wissenschaftsministerium ihren Protest angemeldet. Die GKL, das höchste Organ der Universität in Angelegenheiten der Lehrerausbildung, fürchtet, daß „die faktische Realisierung der Praktika für einen Großteil der Lehrerstudenten unmöglich gemacht wird. Diese Praktika sind jedoch gesetzlich vorgeschriebener Bestandteil der neuen zweiphasigen Ausbildung an der Hochschule.“

Die Kommission kritisiert, daß die Ministerien die erforderlichen Regelungen für die Praktika nicht getroffen haben, daß die entsprechenden Haushaltsansätze gekürzt und daß die Zuschüsse für die Studenten völlig gestrichen worden seien. Dabei sei die Universität Oldenburg noch schlechter behandelt worden als die anderen Hochschulen. In der Resolution heißt es weiter im Wortlaut: „Es besteht unter allen sachlich zuständigen Fachleuten aus Ministerien und Hochschulen, Schulen und Verbänden Konsens, daß in der ersten Phase der zweiphasigen Lehrerausbildung die Einbindung der Praktika in das Studium intensiviert werden muß. Die Studienreformkommissionen haben dies mit den Stimmen der Staatsvertreter

empfohlen; die im Auftrag des Landtages vom Kultusminister bestellten Gutachter haben dies vorgeschlagen; der Kultusminister hat dies begrüßt; die Organe der Universität Oldenburg haben dies beschlossen. Alles dieses hat jedoch nicht zur Förderung der Praxisintegration in die Lehrerausbildung geführt: im Gegenteil werden nun neue Hindernisse aufgebaut, die alten nicht beseitigt.

So sind für 1982 alle Praktikumszuschüsse für die Studenten gestrichen worden, obwohl eine Einbindung der Praktika ins Studium voraussetzt, daß die Praktikumschulen von den Studenten unter zumutbaren Bedingungen erreicht werden können. Da in der Umgebung Oldenburgs und an Heimatorten von Studenten

die für Hochschulbetreuer erreichbar sind, nur ein Teil der erforderlichen Praktika stattfinden können, können in vielen Fällen die vorgeschriebenen Praktika nicht durchgeführt werden, jedenfalls nicht rechtzeitig, was zu Studienzeitverlängerungen führt. So sind die Haushaltsmittel für Vergütung und Reisekosten der Mentoren so niedrig angesetzt worden, daß jeder Mentor mindestens vier bis fünf Studenten betreuen müßte, wozu er ohne Stundenentlastung nicht sinnvoll in der Lage ist. Auch werden die Mentoren nur unzureichend auf ihre Aufgaben durch die Universität vorbereitet werden können. Es sind überdies keine Schritte unternommen worden, das von der Universität Oldenburg beantragte, von den ELAB-Gutachtern und den Hochschulvertretern in den Studienreformkommissionen geforderte, vom Kultusminister begrüßte Kontaktelehrer-Modell auch nur ansatzweise zu realisieren, oder zumindest darauf zu reagieren. So sind schließlich im Haushalt ent-

gegen den Anträgen keine Mittel vorgesehen worden zur Honorierung von außerschulischen Praktikern, bei denen die Sozial- und Betriebspraktika durchgeführt werden. Da diese qualitativ gleichwertige Aufgaben wie Mentoren zu erfüllen haben, ist schon aus Gründen der Gleichbehandlung für diese Praktiker ein Honorar wie bei den Mentoren erforderlich. Jedenfalls ist so keine quantitative wie qualitativ ausreichende Sicherung dieser Praktika zu garantieren.

Aus diesen Gründen fordert die Universität nochmals die Beibehaltung folgender Bedingungen für die Durchführung der Praktika auch in der zweiphasigen Lehrerausbildung:

- Lehrer mit Stundenverlagerung, die die Studenten bei der Durchführung der Schulpraktika in ihren Schulen betreuen und an Vorbereitung und Auswertung der Praktika in der Universität mitwirken (Kontaktelehrermodell); dazu die entsprechenden Mittel für Reisekosten;
- Zuschüsse für Studenten, die ihre Schul-, Betriebs- oder Sozialpraktika außerhalb des Hochschul- oder Wohnortes ableisten, zur Deckung der erforderlichen Fahrtkosten und des Mehraufwandes bei den Unterbringungskosten;
- Vergütung für außerschulische Praktiker, die die Studenten beim Sozial- oder Betriebspraktikum betreuen, dazu Mittel für Reisekosten zur Vorbereitung und Auswertung der Praktika in der Universität.

Insbesondere auch die Bereitstellung von Kontaktelehrern bedarf der unverzüglichen Absicherung. Mit den Kontaktelehrern aus der einphasigen Lehrerausbildung sind erfahrene Kräfte und intensive Kontakte zu Schulen der Region vorhanden. Dieser Bestand darf nicht versieken, sondern muß für eine Fortsetzung positiver Erfahrungen der ELAB in der zweiphasigen Lehrerausbildung erhalten bleiben. Bis zu einer endgültigen Regelung sollten die durch die einphasige Lehrerausbildung nicht voll ausgeschöpften Kontaktelehrer-Kapazitäten für Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Schulpraktika in der zweiphasigen Lehrerausbildung eingesetzt werden können.

Ohne Erfüllung dieser Forderungen können die Praktika für die Mehrheit der ZWELAB-Studenten nicht sichergestellt werden. Auch die Möglichkeit, die Verantwortung für die Suche nach Praktikumsplätzen an den Schulen wieder den Studenten aufzulasten, ist inzwischen verbaut.

Keine gemeinsame Promotionsordnung

Voraussichtlich wird es künftig keine gemeinsame Promotionsordnung für die Universität Oldenburg mehr geben. In einem Brief an die Dekane erklärte der Präsident, u.a. aus fachspezifischen Gründen beständen bei nunmehr neun Fachbereichen zu unterschiedlichen Regelungsbedürfnisse, daß eine gemeinsame Promotionsordnung wenig zweckmäßig erscheine.

Die bisher noch gültige Promotionsordnung war seinerzeit für alle Fachbereiche konzipiert und auch genehmigt worden. Sie sollte jetzt aufgrund der Anpassungsnotwendigkeiten an das Niedersächsische Hochschulgesetz und der in den letzten Jahren gemachten praktischen Erfahrungen überarbeitet werden. Ein entsprechender Novellierungsentwurf wurde vom Präsidenten den Fachbereichen zugeleitet. Doch die Beratungsergebnisse in den Fachbereichen haben nach Worten des Präsidenten deutlich gemacht, daß eine weitgehend einheitliche Regelung - wie in der geltenden vorläufigen Promotionsordnung der Universität Oldenburg - nicht zu erwarten sei.

weil die Bezirksregierung solche „wilden“ Praktika nicht mehr zu dulden bereit ist.

Es sei darauf hingewiesen, daß Studenten, die ihre Praktika ohne ihr Verschulden nicht in der Regelstudienzeit durchführen können, zusätzliche Kosten verursachen, da viele von ihnen eine Verlängerung der Förderungsdauer nach dem BAföG beanspruchen können.“

Kein Studiengang für Romanistik

Abgelehnt hat der niedersächsische Wissenschaftsminister in einem Erlaß die Einrichtung eines Romanistikstudienganges für das Lehramt an Gymnasien. Im Rahmen der Ausbauziele der Universität sollte, so der Minister, vorrangig die Einrichtung solcher Studiengänge geprüft werden, die in Ergänzung vorhandener Fachdisziplinen die Erweiterung des Ausbildungspotentials der Universität in den nicht lehramtsbezogenen Studiengängen mit sich brächten. Außerdem begründete der Minister seine Haltung damit, daß die Einrichtung eines Studienganges Romanistik an einer weiteren niedersächsischen Universität nicht erforderlich sei.

Akademisierung der Sozialarbeit

Colloquium anlässlich der Emeritierung von Professor Dr. Mayer-Kulenkampff

Wenn heute an einer bundesdeutschen Hochschule über Sozialarbeit gesprochen wird, kommt die Rede bald auf das Thema AKADEMISIERUNG. Das dafür nicht nur der bildungs- und sozialpolitische Zustand unserer Gesellschaft, sondern auch der Meinungsstreit darüber verantwortlich ist, wo, wie und wie eigenständig ausgeführt im Sozialwesen „Professionen“ (re-)agieren sollen, das wurde in einem Colloquium deutlich, das vom Fachbereich Pädagogik zum Thema „Akademisierung der Sozialarbeit“ veranstaltet wurde. Anlaß war die jüngst erfolgte Emeritierung der Professorin und Sozialpädagogin Ilse Mayer-Kulenkampff (vgl. uni-info 15/1981, S. 3). Dem fachfremden Besucher konnte es die Sprache verschlagen ob der thematischen Breite, mit der Kollegen und Mitarbeiter der Jubilarin das gestellte Thema auslegten, und die Ahnung wurde bald zur Gewißheit, daß trotz sorgsamer Diskussionsleitung durch Jost von Maydell ein wissenschaftliches Gespräch, zusätzlich zu sieben Referaten, der gesetzte Rahmen nicht würde fassen können. Belastet es denn so viel mehr, an zwei Terminen zusammenzukommen und in einem „Colloquium“ Referate dem Gespräch strikt unterzuordnen? Die ebenso denkwürdigen wie umfangreichen Thesen aller Referenten hätten es verdient gehabt.

Da erscheint es nicht ungerechtfertigt, dankbar auf den „Referenten“ Enno Fookan hinzuweisen, der „um eines Gesprächs wegen“ auf sein vorbereitetes Referat verzichtete und die Diskussion zunächst mit der Frage an Klaus Hühne eröffnete, ob es nicht eine zusätzliche Erschwerung sei, wenn eine der in der Sozialarbeit bereits konkurrierenden Theorien einen allgemeinen Geltungsanspruch stellte. Für K. Hühne, der das „Chaos“ aller anzuzeichnenden theoretischen Modelle kritisierte, führte der einzig gangbare Weg der Theoriebildung über die Zusammenführung der Natur- und Gesellschaftswissenschaften und die logisch-historische Analyse, „worin sich der Mensch als Bestandteil der Natur begreifen muß“.

Das „wilde Konglomerat von Theorien“ beklagte auch Klaus Meyer-Dettum (FHS Emden). Er warnte vor allem vor einer für den gesellschaftlichen status quo instrumentalisierten Lehre. In der Beschreibung selbstpraktizierter Ausbildungsprojekte machte Meyer-Dettum deutlich, wie Studierende neben historisch-kritischer Analysefähigkeit auch als „politische Wesen“ Hand-

lungsfähigkeit und eine „strategische Orientierung“ erwarben. Unverzichtbares Übungsfeld dabei: Das Umfeld der Universität, in dem Lehrende und Lernende bei gemeinsamem Engagement bald ihre (vermeintliche) Neutralität verloren hatten.

Diese Maxime schien jener diametral entgegenzustehen, auf die Helge Peters seine Rede brachte. Er meinte, Sozialarbeiter sollten lernen, „die Biographie ihrer Adressaten mit soziologischen Begriffen zu schreiben“. - „Die so gesammelten Daten wären einer kommunalen Zentrale zuzuleiten, die diese zur Grundlage einer kommunalen Sozialplanung und Sozialpolitik zu machen hätten.“ H. Peters kommentiert, den er konsequent vom Standpunkt einer zwischen Sozialarbeiter und Klient angenommenen Perspektivendifferenz ableitete, mochte nicht zuletzt auf eine Neuorganisation der Sozialarbeit und ihrer Ausbildungsstätten gemünzt sein, wenn er die „Akademisierung der Sozialarbeit halbieren“ wollte: In der einen Hälfte der Akademisierung sollten auch politische Instanzen zu Adressaten der Sozialarbeit werden. „Die andere Hälfte der Ausbildung wäre zu entakademisieren. Den Alltag der Betroffenen lernt man im Alltag der Betroffenen kennen.“ - Wenn H. Peters hier vor einer Kolonisation der Alltagswelt, etwa durch die Definitionsmacht der Experten, warnen wollte, wäre ein mögliches Mißverständnis aufzuheben: Statt einer erwarteten „halbierten Akademisierung“ wäre viel eher einer (in Richtung makrosoziologischer Analyse und Theoriebildung) stets weiter zunehmenden Akademisierung eine Laiisierung und Entprofessionalisierung (!) gegenübergestellt. Wo bliebe also die andere Hälfte? Denn H. Peters: „Unter Akademisierung verstehe ich die Tendenz, die Ausbildung für die Praxis an wissenschaftliche Hochschulen zu verlagern.“ Diesem Dilemma konnte Jörg Wolff durch eine Reinterpretation des Colloquium-Themas entgegen, als er über „Routine und Gefühl in der Professionalisierung“ referierte. Er untersuchte die Rolle von Routine und Gefühl im Alltag der Sozialarbeit unter dem Aspekt theoretischer Qualifikation. Da J. Wolff eine Entlastung von Routine weder von einer weitergehenden Spezialisierung erwartete, noch „Gefühlsdiffusionen“ durch eine Steigerung der Intellektualisierung für vermeidbar hielt, schlug er folgende abstrakte und anspruchsvolle (weil ohne interdisziplinäre Praxisprojekte kaum realisierbare) es-

sentials zur Akademisierung der Sozialarbeit vor: Gefördert werden sollten die kognitive Kompetenz bezogen auf alltägliche Arbeitszusammenhänge, der kontrollierte Umgang mit affektiver Kompetenz in Interaktions- und Entscheidungsrouinen und die gezielt bearbeitete Routinebildung.

Blieben hier die historische Dimension und eine zeitliche Perspektive noch vernachlässigt, bezog Heike Fleßner die historische und die Realisierungsbedingungen einer wissenschaftlichen Ausbildung im Bereich der Sozialarbeit auf universitärem Niveau ausdrücklich in ihre Überlegungen mit ein. Das Ziel der „Entfaltung eines Lebens in Menschenswürde“ und einem darauf gerichteten sich „zunehmend entwickelnden objektiven Bedarf an aufgeklärtem, wissenschaftlich fundiertem Handeln“ sah H. Fleßner durch den gegebenen gesellschaftlichen Zustand „vielfältig gebrochen“ und behindert.

Schließlich mochte manchem Zuhörer der Beitrag von Hartwig Zander (Universität Frankfurt/M.) zunächst gar nicht recht zum Thema passen. Doch überraschten und beeindruckten seine „Anmerkungen zu 'Akademisierung der Sozialarbeit' als historischem Problem“ durch die vergleichende Skizzierung der beiden wechselhaft verlaufenden Entwicklungen in Frankreich und Polen bis etwa 1945. Die „Akademisierung der Sozialarbeit“, psychiatrisiert und sozialtechnologisch verordnet, scheiterte dabei in einem Beispiel an den (bis heute anhaltenden) immanenten Widersprüchen des französischen States, während im anderen Beispiel in Polen einer einheitlichen Konzeption von Sozialarbeit und Bildungsarbeit und entsprechend den „großen und einfachen Ideen, denen die Zukunft gehört“ (K. Mann), der Weg bereitet wurde: Nach der Idee der Volkserziehung, der Aufklärung und Kritik und nach Sicherheit für alle Menschen (H. Zander).

Auch wenn die meisten Fragen vorerst nur angeschnitten wurden, wenn vieles ungeklärt blieb, auch, weil die didaktisch-methodische Gesamtplanung noch verbesserungsfähig war, hat der Fachbereich Pädagogik und mithin die Universität Oldenburg einen weiteren Schritt zu einer wissenschaftlich sinnvollen Traditionspflege getan. Frau Mayer-Kulenkampff hatte abschließend gewünscht, „daß bald wieder jemand emeritiert wird, um ein solches Colloquium zu haben“; zustimmender Widerspruch: Warum nicht öfters?

Arnulf Hopf

Kein Arbeitslosengeld für ELAB-Absolventen

Versicherungsbeiträge werden erstattet

Absolventen der einphasigen Lehrerausbildung (ELAB) aus den Universitäten in Oldenburg und Osnabrück/Vechta können sich ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zurückerstatten lassen. Nach einem Urteil des Bundessozialgerichtes sind ihre Praktika während der Ausbildung nicht sozialversicherungspflichtig, so daß sie auch keine Ansprüche erheben können. Haben die Studenten dennoch Versicherungsbeiträge für die Praktika gezahlt, so können sie diese Beiträge jetzt zurückfordern. Das Urteil des Bundessozialgerichtes führt nach Auffassung des ZpB zu einer weiteren Verschlechterung der sozialen Lage der arbeitslosen Lehrer, deren Zahl ständig steigt. Gerade für diese Gruppe wird es in Zukunft noch schwerer sein, das bislang gewährte Arbeitslosengeld zu erhalten.

Nähere Informationen können beim ZpB eingeholt werden.

Inzwischen hat auch der ELAB-

Personalrat nach Rücksprache mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der DGB-Rechtsschutzstelle einen Empfehlungskatalog herausgegeben, wie Anträge auf Rückzahlung der Sozialversicherungsbeiträge gestellt werden sollten. So ist es nach Meinung des ELAB-Personalrates für frühere ELAB-Absolventen, die nicht in einem Beamtenverhältnis stehen, ratsam, ihren Rückzahlungsantrag mit Rechtsvorbehalt zu stellen. Weiter weist der Personalrat darauf hin, daß Absolventen, die bereits Arbeitslosengeld in den vergangenen Jahren und Monaten erhalten haben, selbstverständlich nur die anteiligen Beiträge aus der Kranken- und aus der Rentenversicherung zurückerstattet bekommen. Das Papier, das sehr detaillierter Ratschläge enthält, kann beim ELAB-Personalrat (VG 010), Sprechstunde: donnerstags und freitags 11.00 - 15.00 Uhr, Tel. 798-6083) angefordert werden.

Entfremdung von der politischen Ordnung würde weiter verstärkt

Senat kritisiert Ankündigung von Disziplinarverfahren gegen DKP-Angehörige

Der Senat hat in einem einstimmig gefaßten Beschluß die Ankündigung der Landesregierung kritisiert, disziplinarische Vorermittlungen gegen alle Beamten und Angestellten allein wegen ihrer Kandidatur für die DKP bei den Kommunalwahlen einzuleiten. Wörtlich heißt es u.a. in dem Beschluß, der auch vom Fachbereichsrat 1 Pädagogik einstimmig verabschiedet wurde:

„Eine der Beamtinnen, gegen die Frau Dr. Heike Fleßner, Studienleiterin im Fachbereich Pädagogik an der Universität Oldenburg, Sie hat bei der Kommunalwahl am 27. September 1981 auf einer Liste der DKP für den Rat der Stadt Oldenburg kandidiert. Frau Dr. Fleßner ist seit mehr als zehn Jahren an der Universität bzw. vorher an der Pädagogischen Hochschule in Oldenburg tätig.

Ihre Arbeit in Lehre und Forschung gibt keinen Anlaß für disziplinarische Maßnahmen. Wir halten disziplinarische Maßnahmen gegen Beamte und Angestellte, denen allein ihre Kandidatur für die DKP vorgeworfen wird, nach wie vor für verfassungsrechtlich bedenklich. Zugleich möchten wir auf die politischen Folgen hinweisen.

Das angekündigte Disziplinarverfahren würde im Ausland erneut Zweifel an der Verankerung demokratischer Prinzipien in der Bundesrepublik Deutschland nähren. Im Inneren würden sich die schon vielfach vorfindbaren Ängste vor politischen Auseinandersetzungen noch weiter vergrößern und die bei vie-

len Jugendlichen verbreitete Entfremdung von der politischen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland verstärken. Gerade diejenigen, die mit den politischen Zielen der DKP nicht übereinstimmen, befürchten, daß die notwendige politische Auseinandersetzung mit der DKP durch solche Maßnahmen erheblich erschwert wird. Denn unter demokratischen Bedingungen kann und darf diese nur mit politischen, nicht mit disziplinarischen Mitteln erfolgen.

Wir bitten daher die Landesregierung mit allem Nachdruck, von der Einleitung disziplinarischer Vorermittlungen gegen Frau Dr. Fleßner, ebenso wie gegen andere Beamte und Angestellte, denen allein eine Kandidatur für die DKP - eine vom Parteienprivileg des Grundgesetzes geschützte Partei - vorgeworfen wird, abzusehen.

Inzwischen hat der Oldenburger CDU-Abgeordnete Josef Dierkes, dessen kleine Anfrage im Parlament zur Ankündigung der disziplinarischen Maßnahmen gegen die DKP-

Kandidaten führte, in einem NWZ-Interview seine Position bekräftigt und sich gegen den Begriff „Berufsverbote“ verwahrt. Nach seiner Ansicht existierten keine Berufsverbote für bestimmte Beamte, sondern Berufsgebote, die zu erfüllen seien. Eines dieser Gebote sei die jederzeitige Gewähr, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Dies tue die DKP „zweifelsfrei“ nicht.

Anders werden die angekündigten Maßnahmen von dem möglichen nächsten Koalitionspartner der CDU, der FDP, gesehen. Ihr rechtspolitischer Sprecher, der Stader Rechtsanwalt Fischer, sieht in der Dierkes-Initiative einen Beleg für die Illiberalität der CDU. Er bezeichnete die Erklärung von Innenminister Möcklinghoff als politische Fehlleistung.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sprach in einer scharf gehaltenen Kritik an der Landesregierung von einer „bedenklichen Eskalation der Berufsverbotspraxis“.

Bis zu 15prozentige Kürzung der Bezüge für Referendare

ELAB-Personalrat kritisiert „Rotstiftpolitik“

Die Kürzungen der Anwärterbezüge für Referendare und Studenten des dritten Studienabschnittes der ELAB hat der ELAB-Personalrat als Bestandteil einer rigorosen Rotstiftpolitik bezeichnet, die auf dem Rücken der ohnehin sozial benachteiligten Gruppen ausgetragen werde. Dabei sei zu erkennen, daß die politisch Verantwortlichen versuchten, diese Gruppen gegeneinander auszuspielen. In seiner Stellungnahme forderte der Personalrat die Rücknahme der Kürzungen, die bis zu 15,3 Prozent betrügen. Gleichzeitig forderte er eine grundlegende Umverteilung der

öffentlichen Haushalte zugunsten des Bildungs- und Sozialbereichs. Die Kürzungen betreffen alle ELAB-Studenten, die nach dem 31.12.1981 ins öffentlich-rechtliche Ausstellungsverhältnis eintreten. Nachfolgend die neuen Grundbeträge:

● vor Vollendung des 26. Lebensjahres A 12 = 1221 (vorher: 1441) und A 13 + Zulage = 1309 (1548)

● nach Vollendung des 26. Lebensjahres A 12 = 1387 (1624) und A 13 + Zulage = 1489 (1737)

Hinzukommen die Kürzungen des Verheiratenzuschlages.

Seminar mit Walter Kempowski

Für alle interessierten Angehörigen der Universität findet am 10. und 11. Februar in Nartum ein Seminar zu „Fragen literarischer Produktion“ von Walter Kempowski statt. Das Seminar wird sich um die Erfassung und Darstellung kreativer Prozesse bemühen, die Erzählender Prosa zugrunde liegen - vornehmlich am Beispiel „Taddelöser und Wolff“. Am ersten Tag soll dabei der Weg von der Realität zur literarischen Wirklichkeit diskutiert werden, am zweiten Tag die Exemplifizierung der Thesen vom Vortrag an Sprach- und Bildmaterial stattfinden. Die Teilnehmer werden kostenfrei mit dem Bus nach Nartum gebracht. Abfahrt jeweils 8.30 von der Zentralbibliothek am Uhlhornweg. Für preiswertes Mittagessen ist gesorgt.

Neue Pläne zur Konzentration

Im Verlauf der nächsten Wochen will der niedersächsische Wissenschaftsminister das Ergebnis einer Arbeitsgruppe des Ministeriums zur Konzentration der Lehrerausbildung in Niedersachsen vorlegen. Die Pläne des Ministeriums richten sich gegen den Willen der Landeshochschulkonferenz, in der die Leiter der Universitäten und Hochschulen Niedersachsens vertreten sind. Sie hatten sich einmütig gegen die mögliche Liquidierung von Lehramtsstudiengängen an verschiedenen niedersächsischen Universitäten ausgesprochen.

Didaktikkonferenz der Mathematiker

Die dritte deutsch-japanische Mathematik - Didaktik - Konferenz soll 1982 voraussichtlich in Oldenburg stattfinden. Das teilte jetzt Professor Dr. Besuden, Mathematik-Didaktiker an der Universität Oldenburg, nach einer Vortragsreise durch Japan mit, wo er auch als Hauptreferent an der zweiten Konferenz dieser Art teilgenommen hatte. Die zweite Konferenz befaßte sich mit dem Geometrieunterricht in der Primarstufe und Sekundarstufe I sowie mit dem Einsatz von Mikrocomputern im Mathematikunterricht.



Konsens oder „Wildwuchs?“ Fortsetzung von Seite 1

In den sogenannten Fachkommissionen sollen die Studenten, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Dienstleister gleiche Mitbestimmungsrechte haben wie in den Fachbereichsräten, nach einer Vorlage des Präsidenten wäre ein solches Modell auch mit dem niedersächsischen Hochschulgesetz vereinbar. Stroh machte in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich, daß ein Grundkonsens nur dann möglich sei, wenn die derzeitigen Institutsanträge vom Tisch kämen. In diesem Falle seien Verhandlungen möglich - auch wenn deutlich gesagt werden müsse, daß die entscheidende Front nicht zwischen der Universität und dem Ministerium verlaufe, sondern innerhalb des Hauses zwischen Institutsbefürwortern

Kontrovers diskutiert: Magister-Studiengänge

Voraussichtlich Mitte Februar wird sich die Zentrale Studienkommission (ZSK) einmal mehr mit der Einrichtung von Magister-Studiengängen (MA) an der Universität befassen. Mit einem Ergebnis ist dabei nicht notwendig zu rechnen, da das Problem seit Jahren sehr kontrovers diskutiert wird. Schon der Gründungsschub hatte sich mit diesem Thema beschäftigt, ohne zu einem Ergebnis gekommen zu sein. Bisher schienen zwei wichtige Argumente gegen die Einrichtung von MA-Studiengängen zu sprechen: die schlechten Berufsaussichten aufgrund der geringen Praxisorientiertheit der Ausbildung und die Tatsache, daß in der Vergangenheit die gesamte Lehrkapazität für die Einphasige Lehrerausbildung benötigt wurde.

Trotzdem erhoben sich schon vor Jahren Stimmen für die - erstmals in den 50er Jahren an deutschen Universitäten etablierten MA-Studiengänge, um insbesondere Lehrrerstudenten, die nach einigen Semestern erkennen, daß der Lehrerberuf für sie ohne Perspektive ist, eine andere Abschlussmöglichkeit zu bieten. Denn ein endgültiger Abbruch des Studiums hat nicht nur Folgen für das Selbstbewußtsein, sondern auch für die spätere berufliche Zukunft. MA-Studiengänge sollten als „Auffangbecken“ dienen.

Die extrem schlechten Berufsaussichten für Lehrer haben der Diskussion nun eine neue Dimension gegeben. Immer mehr Studenten überlegen z.Zt., ob sie wirklich ein Staatsexamen - also ein Lehramt anstreben sollen - jedoch nicht wegen Zweifeln an sich selbst, diesem Beruf nicht gewachsen zu sein, sondern weil sie kaum noch Chancen haben, ihn ausüben zu können. In vielen Bereichen gilt letzteres auch für Diplom-Studien. Daraus schloß Vizepräsident Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke, in dieser Funktion auch Vorsitzender der ZSK, daß man jetzt auch den Bedürfnissen jener Studenten Rechnung tragen solle, „die in erster Linie die Bestätigung eines erfolgreichen Studienabschlusses anstreben“. Nach Raapkes Meinung sollte eine Magisterprüfung in Oldenburg nach dem Grundsatz konzipiert werden, daß sie Fächerkombinationen ermögliche und begünstige, die beim Diplomstudium nicht vorgesehen seien. Für die Kombinationen sollten allerdings auch einzelne Diplomfächer mit anderen Fächern infrage kommen - zum Beispiel Sprachen und Pädagogik.

Einen wesentlichen Vorteil sehen die Befürworter der MA-Studiengänge für Studenten auch darin, daß sie sich ihr Studium sehr individuell gestalten können und gegebenenfalls nach einigen Semestern in der Lage sind, sich in einer

Weise zu spezialisieren, die Berufschancen - auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten - sehr wohl ermöglichen.

Nach den in Niedersachsen bestehenden Ordnungen für MA-Studiengänge werden entweder in zwei Hauptfächern oder in einem Hauptfach und zwei Nebenfächern Prüfungen abgelegt. Die Studiendauer beträgt in der Regel mindestens acht Semester mit 40 Wochenstunden in jedem Hauptfach. Gegen Raapkes Vorstellungen führen die Kritiker an, daß ein MA-Abschluß geringes Ansehen habe - nicht nur bei den Arbeitgeberorganisationen. Tatsächlich unterscheidet der Bundesangestelltentarif (BAT) zwischen Diplom und Magister zu Ungunsten des Magisters. Die Kritiker schlagen deshalb vor, stattdessen übergreifende berufsqualifizierende Studiengänge mit Diplomabschluß zu entwickeln. Im Fachbereich 2, in dem mehrheitlich diese Position vertreten wird, wurde ein solcher Studiengang konzipiert. Titel: Kommunikation/Ästhetik mit dem Schwerpunkt Musik. Er soll zu einer „akademischen Qualifikation für die Tätigkeiten in musikbezogenen Berufsfeldern außerhalb der Schule“ zu führen. Daß er - in seiner jetzigen Planung - tatsächlich eine bessere Berufsperspektive eröffnet als traditionelle Magisterabschlüsse, darf jedoch bezweifelt werden. Praktiker äußerten sich in Stellungnahmen über die Berufsaussichten der so qualifizierten mehr als nur skeptisch.

Wie auch immer, klar scheint inzwischen allen Beteiligten und Interessierten zu sein, daß das Problem in absehbarer Zeit einer konkreten Lösung bedarf - und das nicht nur, weil inzwischen auch Wissenschaftsminister Dr. Johann-Tönjes Cassens in einem NWZ-Interview (14.12.1981) das Thema angeschnitten hat. Ein Kompromißvorschlag liegt inzwischen auch auf dem Tisch. Danach sollen MA-Studiengänge nicht nur, weist inzwischen auch Wissenschaftsminister Dr. Johann-Tönjes Cassens in einem NWZ-Interview (14.12.1981) das Thema angeschnitten hat. Ein Kompromißvorschlag liegt inzwischen auch auf dem Tisch. Danach sollen MA-Studiengänge nicht grundständig eingerichtet werden, sondern als sogenannte „Aussteigerstudiengänge“. D.h.: Lehramtsstudenten können nach drei oder vier Semestern in einen Magisterstudiengang überwechseln, wenn sie zum Lehrerberuf keine Neigung verspüren - bei voller Anerkennung ihrer Semesterzahl. Sinn dieser Überlegung: Studenten können bei Studienbeginn die Entscheidung offen halten, und es gibt weniger Gründe, Lehrkapazität aus der Lehrerausbildung abzuziehen.

Gegen persönliche Verunglimpfung

Anläßlich der Auseinandersetzung um den von Professor Dr. Rudzio zusammen mit Professor Dr. Vilmar (Kassel) verfaßten Aufsatz „Politische Apathie oder Kaderbildung“, der Ende vergangenen Jahres in der Beilage zum Parlament erschienen, hat Präsident Dr. Horst Zilleben eine Erklärung vor dem Senat abgegeben, in der er scharf persönliche Verunglimpfungen verurteilt. Wörtlich heißt es in der Erklärung: „An der politischen Entwicklung der Universität zeigt sich, daß diese im Vergleich zur Gesamtgesellschaft eine relativ große Freiheit für offene politische Auseinandersetzung gewährt - eine Freiheit, die nicht durch juristische oder administrative Barrieren allzusehr eingegrenzt wird. Gerade in ihrer Meinungsvielfalt präsentiert die Universität eine Form politischer Kultur, die sonst oft vermisst wird.“

Wenn die Universität ein solches Feld für offene politische Auseinandersetzungen bleiben soll, dann darf die hier gewährte Freiheit nicht mißbraucht werden. Dies aber ist dort der Fall, wo die Methode, bestimmte Personen öffentlich an den Pranger zu stellen, zur bevorzugten politischen Ausdrucksform gemacht wird. Das Austragen von Konflikten kann sicher auch in der Universität ein gewisses Maß an Polemik nicht ausschließen. Dazu gehört auch, daß Kritik an Personen geübt werden kann. Der politische Stil der persönlichen Verunglimpfung jedoch ist mit demokratischen Verhaltensweisen nicht zu vereinbaren. Wir verurteilen solche persönlichen Verunglimpfungen und sind nicht bereit, sie hinzunehmen.“

len für wissenschaftliche Angestellte, da angenommen werde, daß hier im allgemeinen bessere Bedingungen für Weiterqualifikation herrschten. Befürchtungen ganz anderer Art äußerten die Studenten. Ein Sprecher von ihnen sagte, den Studenten ginge es weder um Fachkommissionsmodelle noch um Institute. Für sie seien die derzeitigen offenen Strukturen der Universität von großer Bedeutung. Nur so könnten sie noch Einfluß auf die Forschung nehmen, der ihnen völlig versagt bliebe, wenn Institute eingerichtet würden. Man müsse sehen, daß an der Universität zunehmend Forschung betrieben werde, die sich an den ökonomischen Interessen der Großunternehmen orientiere.

Ein Jahr als Gastprofessor im Militärstaat Brasilien

Prof. Dr. Jürgen Dieckert über seinen Aufenthalt an der Universität Santa Maria

Auf zwei Jahre lautet der Vertrag, den mir die süd-brasilianische Bundesuniversität Santa Maria in Abstimmung mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) angeboten hat mit der Aufgabe, als Gastprofessor beim Aufbau und der Durchführung des Magister-Studienganges Sportwissenschaft zu helfen. Was ist in diesem ersten Jahr geschehen? Wie kann man an einer brasilianischen Universität und in einer Militärdiktatur leben und arbeiten?

Wo liegt Santa Maria?

Zunächst ist es angesichts verbläbter schulischer Geographiekennntnisse sinnvoll, die ca. 200.000 Bürger fassende Stadt Santa Maria zu orten. Leicht läßt sich die küstennahe Millionenstadt Porto Alegre im südlichen Zipfel Brasiliens finden. Fährt man nun mit dem Finger 350 km westwärts auf der Landkarte in das Landesinnere, so erreicht man schnell Santa Maria in der Mitte des Staates Rio Grande do Sul, der in seiner Ausdehnung etwas größer als die Bundesrepublik ist!

Ursprünglich war Santa Maria - und ist es bis heute - die zentral gelegene Versorgungsstadt für die Vieh- und Landwirtschaft betreibenden Fazendas, oft je mit mehreren tausend Hektaren Land. Daher auch der Ausbau als Eisenbahnknotenpunkt mit allerdings wie in ganz Brasilien Schmalspurschienen (der Hauptgüter- und Personenverkehr erfolgt jedoch per Lkw und Omnibus). Wegen der Grenznähe zu Uruguay und Argentinien wurde Santa Maria schon früh Garnisonsstadt mit Flughafen. Und seit 1960 ist Santa Maria Universitätsstadt mit jetzt immerhin 12.000 Studenten, 1.300 Lehrkräften und 1.600 Dienstleistern.

Universität Federal de Santa Maria

Die Universidade Federal de Santa Maria gehört zu den 30 von der brasilianischen Regierung - dem zuständigen Erziehungs- und Kultusministerium in Brasilien - finanzierten Bundesuniversitäten. Daneben gibt es zehn Landesuniversitäten, drei städtische Universitäten, 21 private und kirchliche Universitäten und mehr als 800 Einzellakultäten, die leider häufig aus kommerziellen Gründen errichtet wurden und von den Studenten hohe Studiengebühren verlangen.

Die Universität von Santa Maria gehört zu den wissenschaftlich meist anerkannten Universitäten Brasiliens. Der jetzt noch amtierende Rektor war jahrelang Präsident der brasilianischen Rektorenkonferenz und hat als nichtparteigebundener und „unmilitärischer“, Präsident sehr viel Einfluß auf die Hochschulentwicklung des Landes ausüben können. Santa Maria ist eine voll ausgebaute Universität mit acht Fakultäten (hier Zentren genannt) und 38 Graduierten-Studiengängen sowie 14 Magister-Studiengängen - darunter Humanmedizin, Zahnmedizin, Tiermedizin, Jura, Betriebswirtschaft, Agrar- und Forstwissenschaft, Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften sowie Technikwissenschaften. Promovieren kann man allerdings noch nicht in Santa Maria.

Verfassungsmäßige Aufgabe der Universität sind neben Lehre und Forschung die „extensao“, das meint die Verpflichtung zur Öffentlichkeitsarbeit und Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse an die Bevölkerung. So besitzt die Universität außer einem internen Informationssystem und guter Zusammenarbeit mit Presse und Fernsehen eine eigene Rundfunkstation, die von den Aktivitäten der Universität berichtet und

auch Unterrichtsprogramme verschiedener Art sendet.

Die Leitung der Universität obliegt dem vier Jahre amtierenden Rektor, der in seiner Arbeit im legislativen Bereich durch den „Universitätsrat“ (Senat - mit Beteiligung von studentischen Vertretern in der Parität 1:5), den „Rat für Lehre, Forschung und Extensao und den „Wirtschafts-Rat“ unterstützt wird und der zu seiner Exekutive neben dem Vize-Rektor sechs Pro-Rektoren für die verschiedenen inhaltlichen und administrativen Aufgaben eingesetzt hat. Die einzelnen Zentren (Fakultäten) der Universität gliedern sich in Abteilungen (Departamentos), denen je ein Abteilungsleiter vorsteht. Das oberste Organ des Zentrums ist der „Fakultäts“-Rat, die exekutive Gewalt liegt in den Händen des Direktors, eines ebenfalls vier Jahre amtierenden Direktors und seines Vize-Direktors. Wie erhalten sie aber ihre Ämter in einer Militärdiktatur?

Brasilien - auf dem Wege zur Demokratie

Brasilien befindet sich in einem Umbruch - sagen wir besser: In einer behutsam vorbereiteten Reform von einer Militärdiktatur zu einer Demokratie. Es vergeht kein Tag, an dem nicht Bundespräsident João Figueiredo, ehemals General, öffentlich erklärt, daß erstmals 1982 freie demokratische Wahlen der Gouverneure (Ministerpräsidenten) der 22 Staaten von Brasilien stattfinden werden. Und der jetzt während der Krankheit von Figueiredo amtierende Vizepräsident Aureliano Chaves, der erste Nicht-Militär, beteuert den Weg in die Freiheit genau so wie viele der Minister, seien sie ehemals Generale und Obristen oder „Zivilisten“. Die liberale Welle des Präsidenten Figueiredo, dessen Vater 1934 wegen zu freihetlicher Auffassungen ins Exil fliehen mußte, hat die Bevölkerung zuversichtlicher und auch mutiger gemacht. Man braucht nicht mehr unter vorgehaltener Hand über die politische Situation des Landes zu flüstern. So geschah es auch erstmals in der politischen Geschichte Brasiliens, daß im November 1980 nicht nur die Lehrer der staatlichen Schulen mit massiven Forderungen über 20 Tage lang in den Streik traten, sondern einen Monat darauf desgleichen mit ähnlichen Forderungen über drei Wochen lang die Universitätsprofessoren und das gesamte Lehrpersonal der Bundesuniversitäten. Daß Studenten bei uns in Deutschland streiken, gehört so zur Tagesordnung, daß man es häufig nicht mehr bemerkt. Daß aber in einem Militärstaat das beamtete Lehrpersonal streikt, zeugt von einem ungeheuren demokratischen Willen und Drang zu mehr Mit- und Selbstbestimmung!

Nach Monaten der Ruhe wegen teilweiser Lösung der Probleme im Erziehungs- und Hochschulwesen beginnt im Augenblick wieder eine Welle der Streikdrohungen seitens der Lehrer- und Professorenverbände u.a. mit Forderungen nach Erhöhung der Ausgaben für den Bildungssektor auf 25 Prozent des Haushalts, mit mehr Rechten in allen Entscheidungsebenen und -fällen sowie Anhebung der Gehälter. Denn ein staatlicher Lehrer verdient brutto nicht viel mehr als umgerechnet 800,- Mark, ein ordentlicher Universitätsprofessor kaum 3.000,- Mark, außerordentliche Professoren, Assistenzprofessoren und Assistenten entsprechend weniger. - Wie soll man da leben? Und das bei einer jährlichen Inflationsrate von offiziell 120 Prozent und nur einmal jährlich inflationär angepaßter Gehaltserhöhung! Ein Liter Milch kostet immerhin 0,85 DM, 1 Pfund Butter ca. 1,60 DM, 1

Kilogramm Rindfleisch ca. 6,00 DM und Normalbenzin mit niedriger Oktanzahl und hoher Alkoholbeimengung seit der neuerlichen Erhöhung pro Liter 1,75 DM.

Alte Verfahren und neue Wege

Vor zwei Monaten erfolgte die neue Wahl des Rektors für die kommende vierjährige Amtsperiode. Wahlberechtigt laut Bestehen der Wahlordnung waren die Vertreter der Wahlordnenden Gremien der Universität: Senat, Rat für Lehre, Forschung und Extensao sowie der Wirtschaftsrat. Aus den 15 Kandidaten war eine Vorschlagsliste mit sechs Erstplazierten zu wählen, die dem Bundespräsidenten in Brasilia zur Berufung vorgelegt wird. Er hat durchaus das Recht, nicht den Kandidaten mit den meisten Stimmen zu berufen, ja sogar die Liste zurückzuweisen oder von den Vorschlägen abzuweichen, was jedoch selten vorkommen soll.

Gegen diesen Wahlmodus haben der liberal-orientierte Professorenverband und die Studentenvertretung protestiert und eine direkte freie Wahl durch alle Universitätsangehörigen gefordert. Die Kandidaten wurden zu einem öffentlichen Hearing eingeladen und um ihre Hochschulpolitik befragt. Nach diesem Hearing fanden freie geheime Wahlen in allen Zentren der Universität statt, die erwartetermaßen zu einer anderen Sechser-Liste führten. Weder Universitätsleitung noch die früher sonst schnell agierende Militär- und Geheimpolizei haben diese Kundgebung demokratischer Wahlen behindert oder gar verboten.

So war auch kein Einsatzkommando der Polizei zur Stelle, als die Studentengruppe „Levante“ (übersetzt: „Erhebe dich“ - im politischen Sinne) auch außerhalb des Universitätscampus die Straßen mit Wahlparolen bemalte oder als die mehr links stehende Gruppe mit dem ebenfalls fürsprechenden Namen „Resistencia“ ein Wahlplakat mit den Symbolen einer gebrochenen Faust und Stacheldraht vom Dach der Mensa herabblättern ließen. Auch Plakate des Landes-Studentenverbandes (UEE) hängen noch mit Parolen, daß die Situation in Brasilien nur verbessert werden kann „pelo derrubada do regime militar“ (durch den Umsturz des Militärrégimes).

In einer solchen „Aufbruch-Stimmung“ zur Demokratisierung fällt es einem freiheitsliebenden Deutschen nicht schwer, zu leben und zu arbeiten. Nie habe ich in dem ganzen Jahr meiner Tätigkeit Einschränkungen, Bevormundungen oder gar offene oder versteckte Gebote oder Verbote gespürt oder erhalten. Im Gegenteil, die liberale Auffassung in der Lehre und die demokratische Mitarbeit wurde auf allen Ebenen immer gerne aufgenommen und voll, ja dankbar begrüßt. So kann ich ohne Bedenken sagen: Es macht Freude, in Brasilien und an der Universität Santa Maria mitzuwirken. Dieses möchte ich vor allen Dingen jenen kritischen, politisch engagierten Deutschen sagen, die demeritisch, die Militärdiktaturen Südamerikas vorschnell wegen fehlenden differenzierten Wissen in den berichtigten „Einmach-Topf“ zu werfen, ohne zum Beispiel zu bedenken, daß in Brasilien sozial-kritische und auch anklagende Filme ohne Zensur in den Kinos laufen, während im benachbarten Argentinien neuerdings 250 Schläger auf die „schwarze Liste“ gesetzt wurden und nicht mehr gespielt werden dürfen.

40 Stunden Anwesenheitsdienst

Worin besteht nun meine „Mitwirkung“ als Gastprofessor? Formal gesehen bin ich laut Universitätsvertrag



Professor Dr. Jürgen Dieckert (rechts), zur Zeit in Brasilien tätig, vermittelte auch eine Vortragsreihe des Projektleiters „Bewegung-Spiel-Umwelt“, Jürgen Koch (links), in mehrere Städte Brasiliens.

verpflichtet, 40 Stunden wöchentlich zu arbeiten und in der Universität anwesend zu sein. Dieser Norm-Vertrag, der den Anwesenheitsdienst quantitativ festlegt, ist für einen deutschen Hochschullehrer reichlich befremdend, zumal in einigen Zentren Unterschriftenlisten über pünktliches Erscheinen und nicht zu frühzeitiges „Verschwinden“ geführt werden. Kennt man jedoch einerseits das recht großzügige Zeitgefühl des Brasilianers und andererseits die existentielle Notwendigkeit, neben dem Hauptberuf möglichst viele Nebenverdienste aufrecht zu erhalten, dann wird die regide zeitliche Arbeitsverfügung verständlich.

Indirekt habe ich laut Vertrag nur die Aufgabe, beim Aufbau der Durchführung und in der Lehre des Magister-Studienganges Sportwissenschaft mitzuwirken sowie einige Studierende bei der Abfassung ihrer Examensarbeit zu betreuen. Dazu muß man wissen, daß es in Brasilien 90 Ausbildungsstätten für den Sportlehrerberuf gibt (eine dreijährige Nur-Sport-Lehrerausbildung) und daß der zweijährige Magister-Studiengang Sportwissenschaft zur Förderung des sportwissenschaftlichen Nachwuchses und der Rekrutierung des Lehrkörpers an Hochschulen nur an den Universitäten São Paulo (seit 1978), in Rio de Janeiro (seit 1980) und Santa Maria (seit 1979) durchgeführt wird. Obwohl sich bei der jährlichen Aufnahmeprüfung in Santa Maria 50 bis 90 Kandidaten melden werden nur jeweils zehn Studierende aufgenommen, um eine qualitativ gute Ausbildung bei optimaler Relation „Lehrer-Schüler“ zu gewährleisten. Bei den Teilnehmern des Magister-Studienganges handelt es sich im Regelfall um Hochschullehrkräfte der Sportlehrerausbildung aus ganz Brasilien. Zumeist haben sie sich nach ihrer eigenen Ausbildung zum Sportlehrer durch die Teilnahme an einem einjährigen Kurs in einer Sportart spezialisiert. Selten bringen sie ein breites oder vertieftes Basiswissen über sporttheoretische Probleme mit, häufig fehlt Wissen und die Technik wissenschaftlichen Arbeitens.

Einseitige Sportlehrerausbildung

Hochschulsportlehrer (oder auch Schulsportlehrer) unterrichten in der Regel als dominante Spezialisten in einer Sportart und sind durch ein systematisiertes Prüfungswesen zu periodisch vorgeschriebenen Evaluationen mit benoteten Tests gezwungen, die im zentralen Universitätscomputer gespeichert werden und der zum Semesterschluß die Endnote rechnerisch ermittelt (dieses Prüfungs- und Computersystem gilt für die gesamte Universität und alle Ausbildungen). Dadurch verengt sich die Sportlehrerausbildung weitgehend auf die Vermittlung von Bewegungsfertigkeiten und Spielleistungen sowie ein meines Erachtens übermäßiges Detailwissen in Sportmedizin. Der Unterrichtsstil ist seit der Volksschule nahezu monologisch durch die Lehrkraft bestimmt - das Schüler- und Studentenverhalten unkritisch rezeptiv. Gruppenarbeit oder eigenständige Ausarbeitungen zu besonderen Themen sind nicht üblich, eine

schriftliche Examensarbeit zum Schluß des Studiums wird nicht gefordert.

So wird leider in vermeintlicher Ablehnung an das fortschrittliche Europa oder an das Vorbild USA ein „Schmalspursportlehrer“ produziert, der es häufig auch als möglicher späterer Hochschullehrer nicht besser weiß. Daher gewährt die für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zuständige Organisation CAPES in Brasilia Weiterbildungsstipendien in Europa und in den USA zum Erwerb des Magister- und/oder Doktorgrades und bemüht sich daneben um den Aufbau eigener Weiterbildungsstudiengänge, wobei die Mitarbeit von Gastprofessoren wegen mangelnden eigenen fachspezifischen Lehrpersonals vom Ausland erbeten wird. Die gesamte „Entwicklungsarbeit“ Sportwissenschaft in Brasilien ist damit in ein zweites Stadium geschritten, nachdem auf der Grundlage eines Fünf-Jahres-Vertrages zwischen Deutschland und Brasilien schon zahlreiche Kurzzeitdozenten gefördert werden konnten und viele Beratungen stattgefunden haben, auch hinsichtlich der Einrichtung von Magister-Studiengängen.

Optimale Arbeitsbedingungen

Die Arbeitsbedingungen am Sportzentrum in Santa Maria sind gemessen an den mir inzwischen bekannten brasilianischen Hochschulen in vielfacher Hinsicht optimal. Wie kaum eine Sportlehrerausbildungsstätte verfügt das Zentrum über ein Leichtathletik- und Fußballstadion, mehrere Rassenplätze sowie sechs Mehrzweckplätze für die Spiele Handball, Basketball, Volleyball und „Futebol de Salao“ (ein Minifußballspiel mit einem etwas schwereren, kleineren Ball), zwei Sporthallen (je 20 x 40 m) sowie für Brasilien außergewöhnlich: ein beheizbares Hallenbad mit 25m-Bahn, da es in Santa Maria während der Wintermonate durchaus auch Temperaturen bis null Grad geben kann. Verwaltung, Vorlesungsräume und Diensträume sind im Stadiengebäude untergebracht. Ich selbst verfüge über einen großen Arbeitsraum. Im Nebenzimmer steht die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geschenkte deutschsprachige Fachbibliothek mit über 500 Bänden, sind die von der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) gestiftete Filmothek mit über 250 didaktisch-methodischen Sportfilmen, das hochmoderne Videosystem für Bewegungsstudien und andere audio-visuelle Hilfsmittel sowie die von verschiedenen deutschen Firmen „erbetelten“ Freizeitspiele und Sportgeräte untergebracht. Inzwischen bin ich zum Vorsitzenden verschiedener Gremien ernannt worden: „Baukommission“, Bibliothekskommission“, „Arbeitsgruppe Freizeitsport“, außerdem helfe ich bei den „Curriculumkommissionen“ für die Reform der normalen Sportlehrerausbildung sowie des Magister-Studienganges. Auf meine Initiative hin gibt es jetzt ein freizeitsportliches Angebot in verschiedenen Sportarten für die Universitätsangehörigen (Lehrkörper und Verwaltung) sowie

Fortsetzung auf Seite 5

Schulen in der Bundesrepublik produzieren „informationstechnologische Analphabeten“

Professor Dr. Peter Gorny verfaßte Bericht über Informationstechnologien im Bildungswesen

Das deutsche Bildungswesen nimmt die neuen Informationstechnologien so gut wie nicht zur Kenntnis. Zu diesem Ergebnis kommt der Oldenburger Informatiker Professor Dr. Peter Gorny in einem Bericht für die „Fondation Européenne de la Culture“ (Paris). Die Kulturstiftung vergleicht zur Zeit den Stand der Informationstechnologie im Bildungswesen Dänemarks, Englands, Frankreichs, der USA und der Bundesrepublik, um für die niederländische Regierung die Entscheidungsgrundlagen für ein langfristiges Bildungsprogramm zu schaffen. Sie bedient sich dabei der Hilfe der Association for Teacher Education in Europe, der die Universität Oldenburg institutionell angehört.¹⁾

Der Bericht über die „Informationstechnologien im Bildungswesen der Bundesrepublik“ geht davon aus, daß die Mikroelektronik nicht nur das gesamte Beschäftigungssystem, sondern auch die Privatsphäre jedes Menschen verändert. Das Symbol dieser Veränderung ist der „Chip“, die briefmarkengroße Halbleiterschaltung, die heute bereits einen vollständigen Mikroprozessor, das Herz eines Mikrocomputers, enthalten kann. Diese Chips finden sich bereits in tausenderlei Geräten, wie Werkzeugmaschinen, Fahrzeugen, Telefonen, Radios, Haushaltsgeräten. Sie steuern die Geräte und kontrollieren die Gerätefunktion fast vollautomatisch, auch wenn sie noch weit davon entfernt sind, echte Roboter zu sein.

Vor allem aber begegnen sie uns in den Mikrocomputern, die uns eine völlig neue Informationstechnik bieten. „Schreibautomaten“ (= computergesteuerte Speicherschreibmaschinen) können wie Fernschreiben zu Netzen zusammengeschlossen werden und die Briefe direkt austauschen („Elektronische Post“, Teletex). Sie erlauben, als Terminals eingesetzt, den Zugriff zu Datenbanken mit riesigen Informationsmengen, zum Teil über das öffentliche Telefonnetz wie beim „Bildschirmtext“-System der Bundespost, das man sich demnächst für ein paar Mark Monatsgebühr auf den eigenen Fernseher ins Wohnzimmer holen kann. Und sie sind in der Lage, als „normale“ Datenverarbeitungsanlagen für technische und kaufmännische Berechnungen zu dienen oder für diese Zwecke an große Rechenanlagen angeschlossen zu werden. Im-

meinen Schulpflicht vergleichen. Sie erfahren die neuen Informationsmöglichkeiten, die nur einer herrschenden Elite zur Verfügung stehen, als Bedrohung. Gelegentlich wird ihnen soviel handwerkliches Wissen beigebracht, daß sie die Technik benutzen können (Fahrkartenautomaten; Werkzeugautomaten, einschließlich Einlesen und Starten des Steuerprogramms; Maschinenleitstand usw.). Die Amerikaner nennen dies „Computer Illiteracy“, was umständlich, aber genauer mit „informationstechnologischem Analphabetismus“ zu bezeichnen wäre.

Will man diese Auswirkungen nicht, so muß politisch bewußt im industriellen Bereich und in den Verwaltungen gegengesteuert und auf die Informationstechnologie verzichtet werden. Da nirgendwo diese politische Alternative sichtbar ist, wird sich das Bildungswesen darauf einstellen müssen, daß die Informationstechnologie gesellschaftlich- und insbesondere demokratisch- beherrschbar gemacht wird.

Daher gibt es die Forderung, daß alle Bürger in Zukunft soviel von der Informationstechnologie und ihren ökonomischen und sozialen Folgen verstehen müssen, daß sie nicht- oder zumindest nicht so leicht - durch sie manipuliert werden können. Für unser Schulwesen bedeutet die Realisierung dieser Forderung, daß spätestens in der Sekundarstufe I Themen aus dem Gebiet der Informatik (der Wissenschaft von der systematischen Informationsverarbeitung) im Unterricht auftauchen müssen; nicht notwendigerweise als eigenes Fach, auf jeden Fall aber auch nicht nur im Mathematik- oder Physik-Unterricht, sondern auch in den Sprachen, in Gemeinschaftskunde, Geschichte usw.

Um dies zu ermöglichen, müßten die Hochschulen das Gebiet schnellstens in die Lehrerausbildung aufnehmen und der größere Teil der heute tätigen ca. 600.000 Lehrer müßte über Fortbildungskurse in das Thema eingeführt werden. Die Schulen bräuchten eine entsprechende technische Ausstattung, die nach heutigen Prei-

sen einige hundert Millionen Mark kosten würde.

Der Bericht stellt fest, daß weder im Bildungsbereich noch in den Kultusverwaltungen oder bei den Politikern die drohende Gefahr wahrgenommen wird, daß die Veränderungen im beruflichen Bereich das Bildungswesen überrollen, ebenso wie die Welle der „Home Computer“, Bildschirmtext-Geräte und Spielcomputer schon jetzt in die Privatsphäre und die Schule schwappt, ohne daß Lehrer und Lehrpläne darauf vorbereitet wären.

In mehr als der Hälfte der Schulen im Sekundarbereich II (allgemeinbildende und berufsbildende Schulen) steht nicht einmal ein einziger in einer höheren Programmiersprache programmierbarer Tischrechner (nötig wäre mindestens ein Klassensatz von 8 Stück oder entsprechend viele Terminals eines größeren Rechners). Da nur wenige Lehrer mit diesem neuen Werkzeug umgehen können, bleibt Informatik („Datenverarbeitung“, „Programmieren“ oder wie es sonst heißen mag) das Vorrecht einer kleinen Gruppe von interessierten Freiwilligen, die so in die Rolle der zukünftigen informationstechnologischen Elite hineinwächst. An nur etwa 10 Prozent der niedersächsischen Gymnasien darf das Fach Informatik derzeit - jeweils nur von einer Handvoll Schüler - als „Grundkurs“ oder „Leistungskurs“ in der Oberstufe gewählt werden; in den anderen Bundesländern sind die Zahlen kaum anders.

Nicht einmal die Forschungsprogramme der Bundesregierung oder der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Bildungsforschung packen das Thema ernsthaft an. Zwar versichert der Bundesbildungsminister, daß Mikroelektronik eine Schlüsseltechnologie sei, gleichzeitig sind aber die Investitionen in die Forschungsprogramme zur Datenverarbeitung im Bildungswesen und die entsprechenden Modellversuche in den letzten Jahren regelmäßig verringert worden. Es wird abzuwarten sein, ob der Bildungsgesamtplan, dessen neue Fassung im Frühjahr fertiggestellt werden soll,



hier neue und andere Eckdaten setzen wird, die einem Vergleich z.B. mit dem britischen „Microelectronics Education Programme“ und dem französischen Projekt „10.000 Micros“ standhalten können.

Peter Gorny

¹⁾ Peter Gorny: New Information Technologies in Education in Germany. Advisory Report to the Ministry of Education and Science, The Hague, Netherlands. Hrsg. VLEE Brüssel, 1981. (Erscheint demnächst gekürzt in European Journal of Education).

Die neue Frühjahrsware ist da!

AUROCREATION
Lange Strasse 46, 29 Oldenburg

Metapher

Mit einem Vortrag über „Lautmetaphorik - Beziehungen zwischen Laut und Sinn“ endet am 5. Februar um 14.00 im VG 406 ein Sprachwissenschaftliches Kolloquium „Metapher“. Bisher hatten im Rahmen des Kolloquiums F. Janussek und W. Rohde über „Metaphern im Spracherwerb“, J.P. Calbert über „Metaphern über Sprache“ und G. Vogler über „Metaphorische Instruktionen und das Lernen von Bewegungen“ referiert.

Ein Jahr als Sportwissenschaftler in Brasilien

Fortsetzung von Seite 4

monatlich einmal einen Sportdozententag, an dem ein Sportkollege ein besonderes fachliches Thema behandelt und zur Diskussion stellt. Zu den „optimalen Arbeitsbedingungen“ in Santa Maria, ja in ganz Brasilien, gehört auch etwas, was uns in Deutschland und besonders auch an der Universität Oldenburg verloren gegangen ist (oder haben wir es nie besessen?): Die menschliche Wärme, Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft, „natürliche“ Höflichkeit, Bereitschaft zuzuhören, ja auch Fröhlichkeit und Muße. In dieser Atmosphäre der herzlichen Aufnahme seitens Kollegen und Studenten, der kollegialen Anteilnahme und dem studentischen Interesse läßt sich gut arbeiten und gerne leben. Leben und Arbeiten haben in Brasilien (noch?) nicht den Trennungsstrich, der das Verhalten in Deutschland wie in anderen super-zivilisierten Industriestaaten so „unmenschlich“ geprägt hat!

Lehre-Lehrgänge-Beratungstätigkeit

Meine Hauptaufgabe ist die Lehre im Magister-Studiengang und die Betreuung bei wissenschaftlichen Arbeiten. Der Umfang der Lehrverpflichtungen liegt bei acht Wochenstunden, zeitlich beanspruchend sind die vielen Einzelberatungen. Der in-

haltliche Schwerpunkt umfaßt anthropologisch/pädagogisch/didaktisch/methodische Probleme und Fragestellungen, wobei die liberale Theorie und Praxis „deutscher“ Sportpädagogik gegenüber der „militärisch“ gefügten brasilianischen Educação Física, die leider mehr „Física“ als „Educação“ ist, zunächst einen Schock bewirkte, jetzt aber im zweiten Semester in begeisterte Aufnahme und in Strategien realistischer Anpassung an brasilianische Verhältnisse umgeschlagen ist. Exemplarische Modellplanungen sind in Arbeit, sollen erprobt und gegebenenfalls in einem gemeinsamen Buch herausgegeben werden. Denn sporttheoretische, ja auch sportpraktische Literatur in portugiesischer und spanischer Sprache ist rar. In Zusammenarbeit mit einem Verlag in Rio de Janeiro sind für das kommende Jahr einige Übersetzungen deutscher Fachliteratur vorgesehen.

Im Oktober 1980 sind wir nach Santa Maria übersiedelt. Schon im November erreichte mich die erste Vortragseinladung aus Porto Alegre. Seitdem ist die Kette der Einladungen zu Vorträgen und Lehrveranstaltungen in ganz Brasilien nicht abgerissen. So war ich schon zehnmal auf Vortragsreisen, so in Recife, Brasília, Belo Horizonte, Rio de Janeiro, Curitiba, Porto Alegre, Tramandai, Caxias do Sul etc. Diese Lehrveranstaltungen außerhalb Santa Marias haben einen doppelten Effekt: Neben

den nicht abzuleugnenden interessanten touristischen Erfahrungen lerne ich die brasilianische Realität von Schul- und Freizeitsport sowie Sportlehrerausbildung im ganzen riesigen Lande kennen, so daß ich „meine deutsche“ Theorie und Praxis vom Sport an den Notwendigkeiten brasilianischer Verhältnisse orientieren kann. Doch meine Mitwirkung erschöpft sich nicht nur in Kursveranstaltungen in Santa Maria und anderswo, sondern wird ergänzt durch die Mitarbeit im Staatssekretariat für Sport im Erziehungs- und Kultusministerium in Brasília. Man hat mich als Berater in die Kommission zur Entwicklung des „Nationalplanes zur Förderung der Sportwissenschaft“ berufen. Außerdem werde ich in Fragen des Freizeitsports gelegentlich zu Rate gezogen. So schließt sich der Kreis einer effektiven Mitwirkung durch die Planungsarbeit „von Oben“, durch die Ausbildung „von Unten“ und durch die Multiplikationswirkung „in der Mitte“.

Internationale Zusammenarbeit - „Entwicklungshilfe“

An der Universität Santa Maria ist die Sportwissenschaft nicht das einzige von der Bundesrepublik geförderte Projekt. Seit zehn Jahren besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der Tierärztlichen Hochschule in



Die brasilianische Universität von Santa Maria

Hannover und der Tiermedizin in Santa Maria. Seit fünf Jahren läuft ein Chemie-Projekt, finanziert durch die GTZ, an der Universität Santa Maria. In Santa Maria bin ich wohl der einzige Oldenburger - aber nicht in Brasilien! Zwei Jahre war die ehemalige Leiterin des Modellversuchs Freizeitsport, Dipl.-Psych. Dr. Margot Zimmer-Schürings, an der Universität João Pessoa im Norden des Landes tätig. Mehr als zwei Jahre schon ist der Soziologe Dr. Dieter Brühl, ehemals Mitarbeiter von Prof. Dr. Schulenberg, in Brasilien, zunächst auch in Joao Pessoa, jetzt in Fortaleza. Jährlich mindestens ein-

mal hat der inzwischen nach Osna-brück berufene Mathematiker Prof. Dr. Brucker in Campina Grande Gastveranstaltungen gegeben. Und gerade zurückgekehrt von Lehrveranstaltungen über „Sport- und Freizeitarbeit“ in Santa Maria, Belo Horizonte und Brasília ist Dipl.-Ing. Jürgen Koch, bislang Modellversuch Freizeitsport, jetzt Leiter des Projektes „Bewegung-Spiel-Umwelt“. Immerhin fünf Oldenburger Universitätsangehörige, die in Brasilien arbeiten oder gearbeitet haben. Werden es die einzigen bleiben? Wäre nicht eine „internationale Zusammenarbeit“ auch in anderen Gebieten sinnvoll?

Hochschulbau schafft Arbeitsplätze

Die Anstrengungen der Niedersächsischen Landesregierung auf dem Gebiet des Hochschulbaus dienen nicht nur dazu, die niedersächsischen Hochschulen mit der notwendigen Bau-Infrastruktur auszustatten; ganz wesentlich seien die Investitionen des Landes in Milliardenhöhe auch darin begründet, Arbeitsplätze zu sichern und in bestimmten Regionen neu zu schaffen.

Das erklärte der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Johann-Tönjes Cassens, in Hannover und kritisierte die zwispaltige Haltung der Opposition im Landtag, die von der Landesregierung die Auflage eines umfangreichen Beschäftigungsprogramms fordere, während die von ihren politischen Freunden in Bonn mitgetragene Bundesregierung sich aus ihrer Verpflichtung zu häufigen Mitfinanzierung des Hochschulbaus weitgehend fortstehle und am Studentenwohnheimbau überhaupt nicht mehr beteilige. Die Umsetzung des von der Landesregierung im Laufe dieses Jahres beschlossenen Hochschulbau-Investitionsvolumens von etwa 934 Millionen Mark sowie der allein getragene Programmabschnitt in Höhe von 50 Millionen Mark seien ein massiver Beitrag zur Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Hochschulregionen.

Forschungsbericht

Fortsetzung von S. 1

haben. Die historische Betrachtung dieses Raums umfaßt wirtschaftl., sozial-, bevölkerungs- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte. Forschungsthemen sind beispielsweise die Entwicklung heimindustriellen Nebenerwerbs am Beispiel der Korbschneiderei, der Wandel ländlicher Familienstrukturen, die demographische Entwicklung in der Küstenmarsch, die mittelalterliche „friessche Freiheit“ und das Totenbrautrecht im Weser-Ems-Gebiet, um nur einige zu nennen. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftsstruktur des Nordwestraums stehen im Forschungsinteresse von Raumplanern, Sozialwissenschaftlern und Wirtschaftswissenschaftlern, die sich z.B. mit Arbeitsmarktproblemen, Innovationsförderung in kleinen und mittleren Unternehmen oder - gemein am mit Wissenschaftlern aus den Niederlanden - über Nutzung von Ressourcen in der Ems-Dollart-Region befassen.

Der dritte Bereich - Bildungsforschung und Weiterbildung - wird von Wissenschaftlern der Universität bereits über einen langen Zeitraum hinweg kontinuierlich bearbeitet. In mehreren bildungssoziologischen Untersuchungen wurden Kenntnisse über den Wandel des Bildungsbewußtseins in der Bevölkerung im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Entwicklung und sozialen Faktoren gewonnen. Eine Untersuchung über Studienenergien und Studienenergieerfolg von Studierenden ohne Reifeprüfung ist erst vor kurzem angefallen. Außerdem sind bei diesem Bereich zwei Entwicklungsprojekte zu nennen: in einem großen Projekt wurden Kurse und Materialien zur Weiterbildung von nebenberuflichen Dozenten in der Erwachsenenbildung erarbeitet und gleichzeitig erprobt. Ein zweites Projekt befaßt sich mit der Möglichkeit der Weiterbildung für Frauen aus ländlich strukturierten Gebieten.

Insgesamt fällt gut ein Drittel aller Forschungsvorhaben auf die naturwissenschaftlichen Disziplinen Biologie, Chemie, Physik und auch die Mathematik. Nur wenig geringer

Regierung kapituliert vor Ausbildungsnot

Die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Inge Wettig-Danielmeier, hat der CDU-Landesregierung politische Lethargie in der Behandlung der akuten Notsituation an den niedersächsischen Hochschulen vorgeworfen. Bei der Einbringung des Entschließungsantrages der SPD-Fraktion zu den Arbeitsbedingungen an den niedersächsischen Hochschulen wies die Abgeordnete darauf hin, daß es in diesem Jahr an den Hochschulen fast 7000 Studenten mehr gebe und die Zahl der Studienanfänger an großen Hochschulen um über 20 Prozent und in einzelnen Fachbereichen sogar um 50 Prozent gestiegen sei. Gleichzeitig baue die Landesregierung Personal für die Lehre ab und kürze drastisch die Mittel für wissenschaftliche Hilfskräfte, Lehrmittel und Geräte.

„Angesichts der Tatsache, daß schon in den vergangenen Jahren die Ausstattung der niedersächsischen Hochschulen immer außerordentlich knapp war, bedeuten diese Kürzungen nicht mehr vertretbare Belastungen für Studierende, Lehrende und alle übrigen Mitarbeiter der Hochschulen“, sagte Inge Wettig-Danielmeier. Der vorgelegte Haushaltsvorschlag für 1983 bedeuten eine Kapitulation der Landesregierung vor der Ausbildungsnot der heranwachsenden Jugend.

(31,9 Prozent) ist die Zahl der Forschungsvorhaben, die dem ehemaligen Fachbereich III Gesellschaftswissenschaften mit den Fächern Arbeitslehre, Geschichte, Raumplanung, Evangelische Religion, Sozialwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften zugeordnet sind. 52 Prozent der Vorhaben werden von nur einem Wissenschaftler durchgeführt. Größere Arbeitsgruppen existieren vor allem bei den Naturwissenschaften sowie in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Bei etwa 10 Prozent der Forschungsvorhaben sind fünf oder mehr Mitarbeiter beschäftigt.

Die Mittel für Sach- und Personalausgaben werden bei der Mehrzahl der Forschungsvorhaben durch den Haushalt der Universität abgedeckt. Etwa 30 Prozent der Vorhaben werden durch sogenannte Drittmittel ganz oder teilweise finanziert. Einen vergleichsweise hohen Anteil an Drittmittelforschung weisen Fächer mit starkem empirischen oder experimentellen Anteil wie Pädagogik, Psychologie, Sozialwissenschaften, Geschichte, Sport, Biologie, Chemie und Physik auf.

Die Höhe der Drittmittelzuwendung für Forschungsvorhaben ist in den Jahren seit 1974 stark angestiegen. 1980 betrug sie mehr als 4,2 Millionen (ohne Mittel aus dem Niedersächsischen Vorab der Stiftung Volkswagenwerk und die sogenannten Lottomittel). Das sind 1,2 Millionen Mark mehr als der Sachetat der Universität unmittelbar für Forschung und Lehre ausweist. Weitere Drittmittel erhielt die Universität im übrigen für die Beschaffung von Geräten. So wurden z.B. 1980 für drei Großgeräte 725.800 Mark verausgabt.

Ernst wird in vielen Forschungsvorhaben offensichtlich der Anspruch der Hochschule genommen, Studenten durch „forschendes Lernen“ zum wissenschaftlichen Arbeiten zu befähigen. Bei 187 Vorhaben wurde Studenten ermöglicht, u.a. Examensarbeiten im Rahmen des Vorhabens zu schreiben.

Hochschulreform braucht einen langen Atem

Björn Engholm zum 10jährigen Bestehen der Universität Bremen

Zum 10jährigen Bestehen hat Bundesbildungsminister Björn Engholm einen Beitrag für die Bremer Hochschulzeitschrift „diskurs“ verfaßt, die voraussichtlich unter dem Thema „10 Jahre Universität Bremen - keine Festschrift“ im Frühjahr 1982 erscheint. Nachfolgend der Beitrag im Wortlaut, in dem sich Engholm u.a. mit den erschwerten Bedingungen der Hochschulreform auseinandersetzt.

Die Bremer Universität ist in den letzten Jahren wie keine andere Hochschule kritisch durchleuchtet und heftig angegriffen worden, keineswegs nur von den konservativen Gegnern jeder durchgreifenden Hochschulreform und ebensowenig nur von Außenstehenden. Es wäre daher zumindest verständlich, wenn die Universität Bremen ihr 10jähriges Jubiläum zum Anlaß genommen hätte, lediglich die unbestreitbaren Erfolge ihrer Arbeit öffentlich wirksam darzustellen und auf eine selbstkritische Rückbesinnung zu verzichten.

Ich freue mich, daß die Universität Bremen dieser Versuchung widerstanden hat und daß sie mit ihrer Universitätszeitschrift „diskurs“ ein Forum für kritische Reflexion der 10jährigen Entwicklung eröffnet. Die Bereitschaft, Reformziele und Leistungen dieser Universität kontrovers zu diskutieren, zeugt nicht nur von offensichtlichen Problemen und Schwierigkeiten, sondern auch von gewachsenem Selbstbewußtsein und kritischer Verantwortungsbereitschaft. Beides ist notwendig, um die Aufgaben von heute und morgen anzupacken, ohne den Gefahren der Selbstisolierung gegenüber der Gesellschaft oder der Resignation vor den vorhandenen Schwierigkeiten zu erliegen. Die Grundgedanken des vor 10 Jahren mit der Gründung der Bremer Universität eingeleiteten Reformprozesse sind auch heute noch richtig.

● Wir brauchen Hochschulen, die auch die Lehre als zentrales Aufgabenfeld begreifen. Die Universität Bremen hat sich dieser Aufgabe mit Entschiedenheit gestellt, dabei gewiß auch manches erprobt, was didaktische Reformutopie bleiben mußte. Trotz dieses Engagements in der Lehre hat sie die Forschung keineswegs vernachlässigt.

● Wir brauchen Hochschulen, die den Praxis- und Problembezug des Studiums in den Mittelpunkt ihrer Reformbemühungen stellen. Wir müssen darüber hinauskommen, daß sich die Hochschulbildung nach wie vor fast ausschließlich an der Fachsystematik orientiert und damit die Anforderungen und Probleme vernachlässigt, mit denen die Hochschulabsolventen später im Beruf konfrontiert werden. Die Bremer Universität hat dafür Beispiele geliefert, die Beachtung verdienen.

● Und wir brauchen auch Hochschulen, die zu allen Bereichen der Gesellschaft und insbesondere der Arbeitswelt unmittelbaren Kontakt aufbauen. Es genügt nicht, lediglich die traditionelle Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen, zum Beispiel in der Forschung, fortzusetzen, sondern wir brauchen Hochschulen, die auch mit den Gewerkschaften direkt und kontinuierlich zusammenarbeiten. Auch hier hat die Universität Bremen Beispiele gegeben, deren Bedeutung durch die Angriffe, die die Universität gerade deswegen auf sich bezogen hat, nicht geschmälert werden kann.

Die äußeren Bedingungen für die Hochschulreform sind in den vergangenen 10 Jahren nicht leichter, sondern schwieriger geworden. Das zeigt bereits ein Vergleich der allgemeinen hochschulpolitischen Lage zur Zeit der Bremer Neugrün-

dung mit der heutigen Situation: Einschränkungen beim Hochschulbau, schmerzhaftes Schneiden beim BAföG, Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Stagnation bei den Personalstellen trotz wachsender Studentenzahlen und immer noch kein wirklicher Fortschritt in der Studienreform und eher nachlassende Bereitschaft, die verbliebenen Chancen so weit wie möglich zu nutzen, statt alle Hilfe von der Erfüllung sicherlich gut verständlicher weiterer Forderungen an die staatliche Finanzierungskraft zu erwarten.

Das gilt für die Hochschulen allgemein und damit zu ihrem Teil auch für die Bremer Universität. Sie sollte sich nicht von Resignation lähmen lassen. Dafür ist ihr spezieller Auftrag zu wertvoll. Gewiß die Universität Bremen hat - auch durch die zeitweise Mitfinanzierung durch andere Länder - in den vergangenen Jahren bessere Entfaltungschancen gehabt als heute. Sie hat sie auch ein gutes Stück weit nutzen können. Sie steht nun aber wohl unausweichlich vor der Situation, in die „Normalität“ entlassen zu sein. Ich wünsche ihr sehr, daß ihre Professoren und Studenten die Kraft aufbringen, diese „Normalität“ nicht zur bloßen Traditionalität werden zu lassen, sondern weiter daran zu arbeiten, daß die zukunftsweisenden Momente ihres Modells fortentwickelt werden.



Björn Engholm

Wir sehen heute allerdings klar, daß einige der vor 10 Jahren formulierten Ziele und Konzepte nicht ohne weiteres durchzuführen waren, schon gar nicht in kurzer Zeit, sondern daß es zunächst einmal notwendig war, sie überhaupt erst einzuführen, den Gedanken beispielsweise der Mitbestimmung oder einer veränderten Prüfungspraxis den Betroffenen und Interessierten überhaupt erst nahezubringen. Widerstände wurden unterschätzt, die eigene Leistungsfähigkeit überschätzt. Ganz sicher ist der Zeitraum, der für durchgreifende Reformen notwendig ist, zu gering angesetzt worden.

Doch das darf kein Anlaß für Pessimismus und Resignation sein. Wir haben wirtschaftlich schwierige Zeiten, die es nicht mehr erlauben, die finanziellen Erwartungen der Hochschulen heute so zu erfüllen wie vor 10 Jahren. Das ist eine Realität, an der auch andere schwer zu tragen haben, vor allen Dingen die Arbeitnehmer. Ich will mich nicht hinter „Realitäten“ verstecken, aber - und das sage ich keinesfalls mit dem speziellen Blick auf Bremen - die Hochschulen und Hochschulangehörigen sollen sich auch nicht in Klagen ein-

hüllen. Sie sollten nicht übersehen, daß Bund und Länder in den letzten 10 Jahren dem Steuerzahler erhebliche Aufwendungen für die Hochschulen zugemutet haben und weiterhin zumuten werden. Niemand kann erwarten, daß sich die Steigerungsrate der 70er Jahre in den 80er Jahren wiederholen werden. Was daraus folgt, ist, daß die Hochschulen noch entschiedener alles daran setzen müssen, die vorhandenen Ressourcen optimal zu nutzen. Über die Forschungsmittel, die nach wie vor mit überproportionalen Zuwächsen über die Deutsche Forschungsgemeinschaft zur Verfügung gestellt werden, lassen sich zum Beispiel manche Probleme der Nachwuchsförderung lösen, wie es ja auch bereits vielfach geschieht. Wir, und damit meine ich die Bildungspolitik, brauchen Beweise der Hochschulen für unkonventionelle Selbsthilfe und Flexibilität, und zwar nicht nur gegenüber Finanzpolitikern, die etwa bloß Effizienzsteigerung im Sinne haben, sondern auch gegenüber dem Steuerzahler, dem Mann mit dem kleinen Einkommen, der auch bei den Hochschulen und den Hochschulabsolventen Solidarität sehen will, wenn er selbst in Bedrängnis gerät. Daher ist auch die Gefahr der Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen in gewisser Weise zu relativieren. Arbeitslosigkeit ist immer ein Übel. Wir wehren uns dagegen, so gut wir können, aber es gibt keinen Grund, für Hochschulabsolventen Sonderkonditionen zu verlangen. Sie sind heute in der Tat nicht mehr vor den Risiken des Arbeitsmarktes geschützt. Das ist der Preis dafür, daß mit dem quantitativen Ausbau der Hochschulen, der doch weitgehend mit den Steuergeldern der Arbeitnehmer finanziert wurde, zugleich ein Stück Chancengleichheit verwirklicht worden ist.

Ich verstehe gut, wenn die Angehörigen der Universität Bremen dies als Betroffene und als legitime Interessenvertreter ihrer Institution kritischer beurteilen. Aber sie sollten sich nicht der Einsicht verschließen, daß in Zeiten wachsender ökonomischer und politischer Probleme auch die Ansprüche und Erwartungen der Gesellschaft an die Universität wachsen. Mit ihnen wächst auch der Legitimationszwang der Universität, d.h. dringlicher wird die verständliche Erläuterung der Arbeit in Lehre und Forschung und damit die schlüssige Begründung der von der Gesellschaft aufgetragenen Mittel. Erwartet werden nicht nur größere Anstrengungen bei der Bewältigung der quantitativen Probleme, etwa der in den 80er Jahren weiter steigenden Studentenzahlen. Notwendig ist auch ein stärkeres Engagement zur Lösung der vorhandenen oder absehbaren qualitativen Probleme wie Bewältigung des technologischen Wandels, Humanisierung der Arbeit, Erhaltung und Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts, aber auch regionale Strukturprobleme, um nur einige Stichworte zu nennen. Diesen gesellschaftlichen Ansprüchen ist die Universität Bremen seit ihrer Gründung in besonderem Maße verpflichtet. Sie einzulösen erfordert einen langen Atem, die Offenheit gegenüber dem sozialen Umfeld und die Bereitschaft, im Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen und dem Staat - unter Berücksichtigung der jeweiligen Verantwortung - in Kooperation oder Konflikt den richtigen Weg zu suchen.

„Bürgermut ist kein Traumentanz, keine Narretei“

Ingeborg Drewitz über den Träger der Carl-von-Ossietsky-Medaille 1981, Generalmajor a.D. Gerd Bastian

Am 13. Dezember vergangenen Jahres wurde Generalmajor a.D. Gerd Bastian in West-Berlin die Carl-von-Ossietsky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte - Sektion Berlin - überreicht. Die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz, die vorjährige Medaillenträgerin, hielt die Laudatio auf den General, der wegen seiner ablehrenden Haltung zum NATO-Doppelbeschluss aus der Bundeswehr ausschied. Nachfolgend die Laudatio im Wortlaut:

Nein, so einfach ist das nicht, ein General sein und politische Einsicht haben, die nicht mit den Sandkasten- und Schachtafelspielen übereinstimmt, nicht an Sieg, an Sieger und Besiegte denken läßt, sondern an Überleben, nicht nur an das Überleben der Truppe, wie es in jeder Offizierschule hochgehalten wird, sondern auch und im besonderen an das Überleben derer, für die der Krieg geführt wird. Wirklich für die?

Denn gibt es das, einen Krieg für eine Bevölkerung führen? Eine Frage, die eigentlich nur noch rhetorisch gestellt werden kann. Eine Frage, die die Männer des 20. Juli zusammengebracht hat.

Schon der Krieg mit den Waffen des 2. Weltkriegs war als „Fortsetzung der Politik“ (wie er noch im 19. Jahrhundert (vielleicht) verstanden werden konnte) unverantwortlich. Der Volkskrieg, der Partisanenkampf, der gegen das „großdeutsche Reich“ geführt wurde, war eine andere Antwort, eine Antwort der Abwehr, war Aufstand der Unterdrückten, der Überfallenen, der aus den verbrannten Dörfern und Städten, war noch einmal ein Krieg der Völker gegen ihre Vernichter.

Die Kriege, die seit 1945 geführt worden sind, seit mit dem Abwurf der ersten Atombomben die Strategien der Angst Angriff und Verteidigung bestimmen, sind in all ihrer Brutalität denn doch gestrig geführte Kriege, bis auf den Vietnamkrieg. Unvorstellbar für uns in Europa, die wir diesen anderthalb hundert Kriegen zugesehen haben, daß die Zahl ihrer Opfer die des 2. Weltkriegs erreicht hat. Unvorstellbar! und immer noch macht sich unbeliebt, wer davon spricht, daß diese Kriege Folgekriege, Nachkolonialisationskriege, Wirtschaftskriege sind, daß sie nicht jenseits unserer Verantwortung geführt werden.

Und dennoch, trotz der mörderischen Konfrontationen an den Nahtstellen der Einflußzonen der Großmächte, der Satellitenmächte, wieder die Schwerpunktkonfliktzone Europa, das Spiel mit der Angst vor dem Nuklearkrieg, über dessen Folgen dank der breiten europäischen Friedensbewegung inzwischen große Teile der Bevölkerung informiert sind.

Generalmajor a.D. Gerd Bastian gehört zu denen, die die neue Qualität der Bedrohung erkannt und nicht geschwiegen haben. Ich möchte hier von den Initiatoren der Friedensbewegung, die alle wegen ihres Bürgermutes Respekt verdienen, nur Petra Kelly nennen. Wichtig noch einmal zu erinnern, daß er korrekt verfahren ist, indem er seine Bedenken gegen den Brüsseler Beschluß vom 12. Dezember 1979, den sogenannten Nachrüstungsbeschluss, dem Bundesminister für Verteidigung persönlich zugestellt hat. Wichtig, daß er nach der gezielten Kampagne gegen ihn (aber auch nach ihm bestätigenden Stimmen in der liberalen Presse) sich genötigt gesehen hat, um seine vor-

zeitige Pensionierung einzukommen und sich anders als die, die ihn zu diffamieren versuchten, in keinem Augenblick im Ton vergriffen hat, sondern seine Einsicht begründet und verteidigt hat. Und daß er bei seinen Aktivitäten im Ruhestand die Sachlichkeit nicht außer acht gelassen hat.

Und ich habe uns zu fragen, wie es möglich ist, daß uns die öffentliche Sachlichkeit in der Frage des Überlebens nicht gelingt. Warum es des Bürgermutes bedarf, die Realität unverschleierte zu sehen und daraus Schlüsse zu ziehen. Ich habe uns zu fragen, welcher Zustand der Bundesrepublik sich in der versuchten Diskriminierung Gerd Bastians spiegelt, welche Kräfte es sind, die die Friedensbewegung verteuflern um zu begreifen, was es heißt, dagegen Stand zu halten, die Einsichten, die sich durch Fakten belegen lassen, in die politische Diskussion einzubringen, um sie politisch wirksam zu machen.

Ich will hier nicht von den Attacken gegen den Krefelder Appell sprechen, den Gerd Bastian mitgetragen hat - und der ganz zweifellos gerade durch die öffentliche Abwertung die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland sich hat zusammenschließen lassen, trotz aller politischen Unterschiede der Friedensarbeitsgruppen, kaum aber der Motivationen zur Friedensarbeit. Ich muß auf den Offenen Brief an Leonid Breschnew hinweisen, den Bastian mit unterzeichnet hat. Ich brauche mich hier und jetzt nicht mit dem Kommunismusverdacht auseinanderzusetzen, der in der Bundesrepublik noch immer zur Diskriminierung taugt, wie schon in Hitlerdeutschland, wie schon im Kaiserreich, wie schon in der Metternich-Ära. So wenig auch will ich vom Anti-Amerikanismusverdacht reden, wenn eine große Öffentlichkeit in einem demokratisch regierten Land ihre Regierungsverantwortlichen nach dem Verhalten zum Bündnispartner abfragt, weil der Bündnispartner unerträgliche Belastungen von seinem Verbündeten abverlangt. (Hier wird von den Gegnern der Friedenspolitik ganz gezielt Emotion provoziert statt Sachlichkeit in die Politik einzubringen).

Denn weder Anti-Amerikanismus noch Anti-Kommunismus taugen, den möglichen overkill - zu deutsch die mögliche mehrfache Ausrottung der Bevölkerung Mitteleuropas - zu verhindern. Sondern allein die Entschärfung der Angst, die Arbeit auf das Null-Wachstum des Rüstungspotentials zu und darüber hinaus auf die allseitige und anhaltende Reduzierung des Rüstungsbestands. Die Emotionalisierung der Konfliktsituation, die Perspektive für eine europäische Politik, deren Ansatz noch immer in der Entspannungspolitik der 60er und 70er Jahre zu sehen ist: DIE PSYCHOLOGISCHE FRIEDENS-VORBEREITUNG! Bastians Position in der Friedensbewegung fällt auf, weil sie die eines

Generals ist, der also vom Verleher weiß, wovon er spricht. Viele neben ihm arbeiten auf das gleiche Ziel zu. Daß er heute ausgezeichnet wird, ist dennoch mehr als eine Geste, mehr als eine Reverenz vor dem Bürgermut eines Militärs, es ist die Anerkennung auch eines Lebensweges. Der Junge, der den russischen Kriegsschauplatz im Zweiten Weltkrieg kennen gelernt hat (als Soldat), der Mann, der sich entschlossen hat, der Bundesrepublik als Soldat in einem Heer zu dienen, daß die junge Demokratie sichern soll. Der reife Mann, der begriffen hat, daß das Potential zur Sicherung längst zum Potential der Vernichtung geworden ist, sind voneinander nicht zu trennen: der Junge, der in den UdSSR gesehen hat, wie die Bevölkerung unter einem Aggressionskrieg leidet, der junge Mann, der zurückgekehrt ist in das zerstörte Deutschland, der sich wie viele seiner Generation dafür eingesetzt hat, jeden künftigen Krieg zu verhindern! Man muß aus seiner Rede vom 28. Oktober 1978 zitieren, die der vor den jungen Soldaten anläßlich der Enthüllung eines Gedenksteins der 12. Panzerdivision der deutschen Wehrmacht gehalten hat, um die Verdächtigungen, die gegen ihn ausgesprochen worden sind, zu entschärfen: eine Rede, in der von der betrogenen Generation der Soldaten des 2. Weltkriegs spricht.

„Dieser Stein (...) will unseren jungen Soldaten (...) bewußt machen, unter wieviel glücklicheren Umständen sie heute ihren Dienst im Heer leisten. Glücklicher, weil die freiheitlich-demokratische Grundordnung im freien Teil Deutschlands sie vor Mißbrauch schützt. Und glücklicher auch, weil Recht und Freiheit des deutschen Volkes, die zu verteidigen sie aufgeben sind, die beste Gewähr dafür bieten, daß der Verrat an den Vätern sich an ihnen nicht wiederholen kann.“

Ganz sicher keine Sonntagsrede, sondern die Überzeugung eines Mannes, der die als FDGO oft verhöhnende demokratische Grundlage der Bundesrepublik ernst nimmt, so ernst, daß er sie wenig später beim Wort nimmt. Und also lebendig erhalten will - gegen Häme und Spott und ihre Erosion von innen.

Bürgermut ist kein Traumentanz, keine Narretei; Bürgermut eines Soldaten, der sich davon frei macht einen Feind zum Buhmann zu machen, ist aber noch immer (warum eigentlich?) nicht geläufig. (Trotz Clausewitz, trotz des Bürgermutes der Männer des 20. Juli). Darin spiegelt sich das noch immer so geringe Selbstverständnis von Demokratie, die Unsicherheit gegenüber den Bürgerrechten und (neben wirklichem Parteiengizän) die Unsicherheit der Positionsbestimmung der Bundesrepublik wider. Das ist als Phänomen neu, weil es in den Nachkriegsjahrzehnten so noch nicht sichtbar geworden ist, auch wenn wir heute etwa die Vorgeschichte des Mauerbaues in Berlin gerade dank amerikanischer Forschung präziser erkennen als vor 20 Jahren; auch wenn wir in der Folge der mühsamen Kleinarbeit, die die Entspannungspolitik vorbereitet hat, den Ost-West-Konflikt - soweit er die beiden deutschen Nachkriegsstaaten betrifft - nüchterner einschätzen können, und darüber auch sprechen müs-

sen, immer wieder. Von Berlin aus war die Notwendigkeit zur Konfliktbewältigung ja stets einsichtiger, wenn auch schwieriger zu artikulieren, weil wir die Hauptbetroffenen des Konflikts waren. Aber wohl darum sind gerade in Berlin die Politiker in der täglichen Praxis geschult worden, die für die Entspannungspolitik gegen alle Vorurteile gearbeitet haben und arbeiten.

Das Phänomen: Unsicherheit der Positionsbestimmung der Bundesrepublik ist jedenfalls die Herausforderung durch die Friedensbewegung, auf die zu antworten ist. Zu antworten durch eine neue Aufgabenstellung, die m.E. die DDR mit meint. Und darum ist die Europäische Friedenskonferenz, zu der die Russell-Peace-Foundation für 1983 in Berlin aufgerufen hat - 50 Jahre nach 1933 - ein Zeichen, vielleicht mehr: eine Perspektive in die Zukunft.

Denn beide deutschen Nachkriegsstaaten, die Bundesrepublik in der NATO, die DDR im Warschauer Pakt, haben Verhandlungs- und Handlungsspielräume, die zu nutzen dem Frieden dienen können, nicht nur in Europa. Dem Frieden, der nicht nur Überleben heißen darf, sondern ausstrahlen muß in die Konfliktzonen der Welt (die ja noch immer auch Konfliktzonen zwischen den beiden Supermächten sind).

Die Bundesrepublik hat als wichtigster NATO-Partner in Europa die Chance, ihre eigenen Interessen (wirtschaftliche Bindungen über die Blockgrenzen hinweg, humane Bindungen über die Binnengrenze hinweg) zu artikulieren. Sie muß nicht jedem Präsidenten der USA blindlings huldigen - sowenig wie sie jedem Spitzenpolitiker im Ostblock voraussetzungslos mißtrauen darf.

Schlachtfelder als Straßennamen



Auf die Hintergründe der Benennung der Mars-la-Tour-Straße in Oldenburg wies eine Initiativgruppe aus dem Projekt „Kultur und Frieden“ der Universität hin: Sie montierte unter das Straßenschild eine Zusatzinformation, aus der hervorgeht, daß in der Schlacht bei Mars-la-Tour in Lothringen 32.997 Menschen starben. Die Tafel stellt ferner die mahnende und provozierende Frage, für wen diese Opfer erbracht worden seien. Die Aktion wurde ergänzt von Informationen für die in der Nähe wohnenden Bürger. Sie wurden aufgefordert, sich mit den Studenten zusammen dafür einzusetzen, daß in Zukunft nicht noch einmal Straßen nach neuen Kriegsschauplätzen benannt werden. Foto: Oesterling

Die DDR hätte als wichtigster Warschauer-Pakt-Partner in Mitteleuropa die Chance, aus fast den gleichen Gründen ihre Interessen zu vertreten. Und hier könnte, hier kann die Friedenspolitik ansetzen. Ideologiegrenzen, ohnehin schon verwischt, werden keine Rolle spielen, es handelt sich ja inzwischen in der ökonomischen Realität doch nur noch um Einflußzonen, die längst ineinander greifen.

Ein Mitteleuropa, das sich so versteht, hätte eine neue Qualität, nicht nur als Beispiel für die Welt, das hieß die Turbulenzen und Krisen der Staaten in der hochindustrialisierten und in den unterschiedlichen Zonen ein wenig zu blauaugig bewerten. Aber es könnte Frieden exportieren, d.h. ja nicht nur keine (gerade ausragierten) Waffen für die Dritte Welt, nicht nur Ideen, sondern ökonomischen Austausch und Respekt vor den Menschen, der uns gerade wieder abhanden zu kommen scheint, wenn wir nur an den neuesten Trend der Ausländerpolitik denken, der vergessen macht, daß wir Menschen auf der Flucht vor der Not hergerufen haben, weil wir ihre Arbeitskraft brauchten. Die Arbeitskraft haben wir angenommen. Aber die Menschen? Dabei träumen wir doch noch immer von der möglichen ökonomischen Gemeinschaft der Völker, dem Spiel mit verteilten Rollen, das noch nie so gestört war wie durch die ideologiesteuerte, also machtpolitische Ausnutzung von Arbeitspotential, Bodenschätzen, Energiereserven.

Was hat die so bescheidene Vision des friedlichen Auskommens miteinander mit Gerd Bastian zu tun, werden Sie fragen. Was hat sie mit der Friedensbewegung zu tun? Was mit Bürgermut, um die FDGO nicht nur hinzunehmen, sondern abzufragen? Ich meine: Viel. Weil einer, der den Bürgermut aufbringt. Nein zu sagen, nicht aufstumpfend, sondern mit Sach-Argumenten emotionale Verschleierung aufreißen kann, klarer zu sehen ermutigt durch sein Beispiel. Daß Bastian seinen Ruf dafür riskiert hat, ist wichtig und im Militär nicht nur bei uns noch immer selten, weil es nicht nur uns, und doch uns besonders schwerfällt, die Untertanenmentalität abzulegen.

Wir danken ihm dafür. Sein Mut zählt. Und ermutigt uns, weiter zu denken, zu handeln.

Gut, daß sein Beispiel Schule gemacht hat, daß sieben ehemalige Generale aus NATO-Staaten anläßlich der Brüsseler Herbsttagung der NATO an die Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Staaten appelliert haben „zur Politik der Entspannung zurückzukehren und auf die Nachrüstung zu verzichten“. Ich nenne sie hier: Bastian (Bundesrepublik), Christer (Norwegen), da Costa Gomes (Portugal), Koumanakos (Griechenland), van Meyenfeldt (Niederlande), Pasti (Italien) und Sanginetti (Frankreich). Ehemalige Generale, von denen mehrere schon während ihrer Dienstzeit Auffassungen vertreten haben, die von denen ihre Regierungen und Kollegen abwichen, heißt es lakonisch in den Berichten.

Wir haben zu fragen: Warum? Das große Warum, das die Friedensbewegung in die Köpfe gebracht hat. Wir ehren einen ihrer Sprecher!



wöltje
Lange Str. 20 Oldenburg Heiligengeiststr. 6, Achternstr. 34, Tel. 404404

... und Ihr nächster Diafilm (wieder) ein 27 DIN

Farbbilder-Schnell-Service

Ihr Film heute bis 18.15 Uhr gebracht, schon übermorgen, 9.00 Uhr, fertig! Gilt für Entwickeln mit je 1 Standardbild für die Filmannahme von Montag bis Donnerstag, 18.15 Uhr.

3M-Color-Slide 400

36er (27 DIN) nur 10⁹⁵

Höchste Lichtempfindlichkeit. Daher besonders geeignet für Aufnahmen bei schlechten Lichtverhältnissen, außen oder innen. Entwicklung im eigenen Labor. Heute bis 18.15 gebracht, schon morgen, 17.00 fertig. Gilt für Annahme von Mo. bis Donnerstag.

WÖLTJE Tiefpreis-Garantie

Wenn Sie innerhalb von 14 Tagen nach Kauf Ihr Gerät bei gleichen Leistungen preisgünstiger in Oldenburg vorfinden, nimmt WÖLTJE Ihr Gerät zurück und erstattet den Kaufpreis. Das ist Kauf ohne Risiko!

WÖLTJE: Der schnelle Weg zum guten Bild!

Gute Beratung und großes Warenangebot auch in unserer Abteilung TV · HiFi · VIDEO. „Wir vom 1. Stock“ nur Heiligengeiststraße 6.

WÖLTJE: Tiefpreis-Garantie!

WÖLTJE: Kauf ohne Risiko

Stipendien • Stipendien

Auch in diesem Jahr werden von der Ecole Nationale d'Administration (ENA) in Paris Fortbildungsstipendien für qualifizierte Nachwuchskräfte des höheren Dienstes der öffentlichen Verwaltung ausgeschrieben. Bewerben können sich Angehörige des öffentlichen Dienstes mit Hochschulabschluss, und zwar Juristen, Volks- und Betriebswirte und Politologen, die nicht älter als 33 Jahre sein sollen. Das von Oktober 1982 bis November 1983 laufende Programm umfaßt einen Einführungs- und Sprachkurs, Unterricht an der ENA sowie ein Praktikum. Antragsformulare sind beim DAAD in Bonn, Kennedyallee 50, erhältlich, bei dem auch die Bewerbungen bis spätestens 15. April 1982 (Ausschlußfrist) eingereicht werden müssen.

Die Stiftung Volkswagenwerk fördert im Rahmen ihres Schwerpunkts „Partnerschaft mit ingenieur- und naturwissenschaftlichen Instituten im Ausland“ die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch deutscher Wissenschaftler mit wissenschaftlichen Einrichtungen in Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie in den südeuropäischen Ländern Griechenland, Portugal und Spanien. Gegenstand dieser Förderung ist die Beschaffung von Geräten, Literatur und Verbrauchsmaterial für das ausländische Partnerinstitut sowie die Finanzierung von Reisen der beteiligten Wissenschaftler zum jeweiligen Partner; damit werden gemeinsam entwickelte Forschungsvorhaben in den Bereichen der Ingenieurwissenschaften sowie der Naturwissenschaften gefördert, wobei die Auswahl des Themas bei den beteiligten Wissenschaftlern liegt. Nähere Einzelheiten können bei der Stiftung Volkswagenwerk, Dr. Ing. Michael Maurer, Kastanienallee 35, 3000 Hannover 81, erfragt werden.

Anläßlich des 100. Geburtstags des Göttinger Philosophen Leonard Nelson (1882-1927) am 11. Juli 1982 stiftet die Philosophisch-politische Akademie ein Förderungs-Stipendium. Als Bewerber hierfür kommen in Betracht Studierende der Bereiche Philosophie, Sozialwissenschaften und Rechtswissenschaften, die eine Diplom-, Magister- oder Doktorarbeit schreiben, deren Inhalt sich auf einen Aspekt des Lebenswerkes Leonard Nelsons oder auf die kritische Philosophie bezieht.

Das Stipendium, dessen Dauer sich nach dem Arbeitsaufwand richtet, kann ab 1. Januar 1983 gewährt werden. Seine Höhe wird für Diplom- und Magisterarbeiten monatlich 680 Mark betragen, für Dissertationen monatlich 800 Mark. Bewerbungen bis 1. Oktober 1982 an Professor Dr. Lothar Naumann, Beethovenstr. 17, 5000 Köln 40.

Zitat

„Ein Staat kann auf die Dauer nicht besser sein als seine Bürger. Und es ist eine schwere Fehlentscheidung, wenn Regierungen und Parlamente, wie es immer geschieht, bei Haushaltsengpässen zunächst die Mittel für das Erziehungswesen und die kulturellen Einrichtungen reduzieren.“

Ernst Albrecht in: Der Staat - Idee und Wirklichkeit. Grundzüge einer Staatsphilosophie, Stuttgart 1976

Ausschreibung

Im Fachbereich 5 werden Wissenschaftliche Hilfskraftstellen und Tutorienstellen ausgeschrieben. Bewerbungsunterlagen sind bei der Fachbereichsgeschäftsstelle (Birkenweg 3, 1. OG, Raum 1) zu erhalten. Bewerbungsschluß ist Freitag, 29. Januar 1982.

Zum Abschluß Podiumsdiskussion

Zum Abschluß der vom DGB und der Universität gemeinsam veranstalteten Ringvorlesung „Rechtsprobleme bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen“ wird am 4. Februar um 18.15 Uhr im Hörsaal F eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der Universität, der Gewerkschaften und Vertretern der Arbeitgeber stattfinden.

Entdeckendes Lernen im Unterricht

Helga Brandes, Günter Wilde und Rolf Wollrad veröffentlichen in der vom Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) herausgegebenen Reihe „Materialien“ den Band „Entdeckendes Lernen im Unterricht“. In dieser vom ZpB herausgegebenen Neuerscheinung wird die Diskussion der letzten Jahre um das entdeckende Lernen aufgenommen; es werden die hierzu vorliegenden Ansätze dargestellt und Möglichkeiten und Bedingungen der Realisierung aufgezeigt. Mit der Methode des entdeckenden Lernens wird nach Ansicht der Autoren ein Beitrag zu einem schülerorientierten Unterricht geleistet. Für die Fächer Deutsch und Technik werden Unterrichtsbeispiele zusammen mit fachdidaktischen Überlegungen zum entdeckenden Lernen vorgestellt.

Fragebogenaktion „Studienerfahrungen“

Die Mitarbeiter des Forschungsprojektes 'Studienerfahrungen von Studierenden in Niedersachsen' bitten alle von ihnen angeschriebene Studenten, die den Fragebogen bisher nicht zurückgeschickt haben, diesen doch noch auszufüllen. Das Forschungsprojekt ist auch weiterhin an Rücksendungen der Fragebögen interessiert.

Personalien • Personalien

Prof. Dr. Bernhard Badura, Soziologe im FB 3, hat einen Ruf auf eine C4-Professur an die Bundeswehrhochschule München erhalten.

Prof. Dr. Klaus Brake, Raumplaner im Fachbereich 3, hat ein Seminar in der Heimvolkshochschule Kardinal-von-Galen zum Thema „Bestandsicherung von Arbeitsplätzen als Aufgabe der Raumplanung“ geleitet. **Professor Dr. Rainer Krüger**, von 1974 bis 1978 Rektor der Universität Oldenburg, ist vom Bremer Senator für Wissenschaft und Kunst in den Hochschulbeirat berufen worden. Laut bremsischem Hochschulgesetz hat der Beirat die Aufgabe, die Hochschulen und die Landeshochschulkonferenz in ihrer Arbeit und Entwicklung zu beraten und zu fördern. Dem Beirat gehören Vertreter aus der Wissenschaft, den Gewerkschaften, der Wirtschaft und Behörden an.

Prof. Dr. Bernd Müller, Historiker im FB 3, hat im „Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalen“, Abteilung Paderborn, einen Vortrag über „Die westfälische Landesgeschichtsforschung zwischen Aufklärung und Historismus und die Gründung des Altertumsvereines in Paderborn 1824“ gehalten.

Prof. Dr. Walter Siebel, Soziologe im FB 3, hat einen Ruf auf eine C4-Professur an die Universität Dortmund erhalten.

EINSTELLUNGEN ALS WISS. ANGESTELLTE

Dr. med. Josef Bauer beim Forschungsvorhaben „Patientenaktivierung“ (FB 3)

Dietmar Dettmer im FB 4

Peter Doerner im FB 7

Ursula Juhl beim Forschungsvorhaben „Wirkung von potentiellen Mutagenen und Carcinogenen auf die DNA-Reparatur“ (FB 7)

Harald Lehmann beim Forschungsvorhaben „Patientenaktivierung“ (FB 3)

EINSTELLUNGEN IM DIENSTLEISTUNGSBEREICH
Carsten Bock im Botanischen Garten
Natalie Bolhöfer als Lektorin für englische Sprache im FB 2

Birte Platat ist zur Bibliotheksin-spektörin z.A. ernannt worden

Cornelia Schreiber als Angestellte im Schreibdienst im Dez. 3

Gunda Stamerreilers als Verwaltungsangestellte beim Modellversuch Freizeitsport „Projekt: Spiel-Bewegung-Umwelt“

Christine Thomsen als Verwaltungsangestellte beim Forschungsvorhaben Entwicklung und Erprobung eines Weiterbildungsangebots für Arbeiterinnen und Landfrauen (FB 1)

Manfred Weber wurde zum Regierungsbeinspektor (Personalabteilung) ernannt

Promotion

Die Dissertation von **Alfred Tacke** und die dazu gefertigten Gutachten liegen bis zum 2.2.82 zur Einsichtnahme aus. Thema der Dissertation: Beschäftigungskrise der Industrie - Krise der Region?

Verkauf von Fundsachen

Am 26. Januar 1982 werden in der Niehtrauchermensa um 15.00 Fundsachen, die von ihren Besitzern nicht abgeholt wurden, versteigert.

Preisskat in der AVZ-Cafeteria

Am 27. Januar veranstaltet das Studentenwerk um 18.00 in der AVZ-Cafeteria erstmals einen Preisskat. Für Studenten beträgt der Einsatz 5 Mark, für Bedienstete und Gäste 8 Mark. Karten sind im Vorverkauf in den Cafeterien und am Kiosk des Studentenwerks erhältlich.

Spedition Möbeltransport International DEUS
TEL. (04 41) 71001

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800
29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88

Schreibmaschinen
neu und gebraucht, sowie diverse Büro-maschinen mit Service und Garantie.
Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM
Kugelkopfschreibmaschinen ab 699 DM
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.
ebz Bürotechnik Herwig Erlbeck
Donnerschwer Str. 91
2900 Oldenburg
Ruf 04 41 / 8 51 25
Verkauf Mo-Fr 17 Uhr oder nach Vereinbarung

TABULA BUCHLADEN
IM HERBART GANG

Für Optik - Foto - Film - Kino + Projektion sind wir Ihr richtiger Partner.
Dipl.-Optiker **WALTER**
Inh. W. D. Heß
staatl. gepr. Augenoptiker
Fachtechnische Beratung
Kurwickstr. 24/Ecke Mottentstr. - Hauptstr. 35
Telefon (04 41) 1 30 70

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl
B&G
1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41

2 Stunden
Examensarbeiten-Service
Fotokopien DIN A 4
Buchbindearbeiten
Zeitschriften Berichte
HENCKUS
Buchbinderei
Edewechter Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 2397

Das ist der superbequeme **Jacoform-Schuh**. So breit, wie die Natur den Fuß geschaffen hat. Den gibt's in Oldenburg nur bei **EGGERS**
Das Fachgeschäft für fußgerechte Schuhe
Edewechter Landstraße 89
Telefon 50 27 63
Mittwoch nachmittags geschlossen

Alles das, was Kreative und Bastler so täglich für ihre Arbeit und für's Hobby gebrauchen, bekommt man mit dem Studienausweis preisgünstig im Fachgeschäft **Spanhake**
29 oldenburg · lange straße 48
beim rathaus · ruf 04 41 / 2 74 88

Kopieren · Sortieren · Einbinden
KOPIERDIENST
· KOPIER-AUFTRAG-SERVICE ·
Examensarbeiten schnell u. gut
Ammerländer Heerstraße 88
Fernsprecher 04 41 / 7 63 74
KOPIERPREIS je Stück
DIN A 4 DM **0,12**

Grund- & bodensolide
ÖBS Immobilien GmbH
OLDENBURG, MARKT, RUF 04 41 / 2371
Landesbausparkasse der Sparkassen

Mit der **ÖBS** den Grundstein legen.
ÖBS Öffentliche Bausparkasse
OLDENBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN